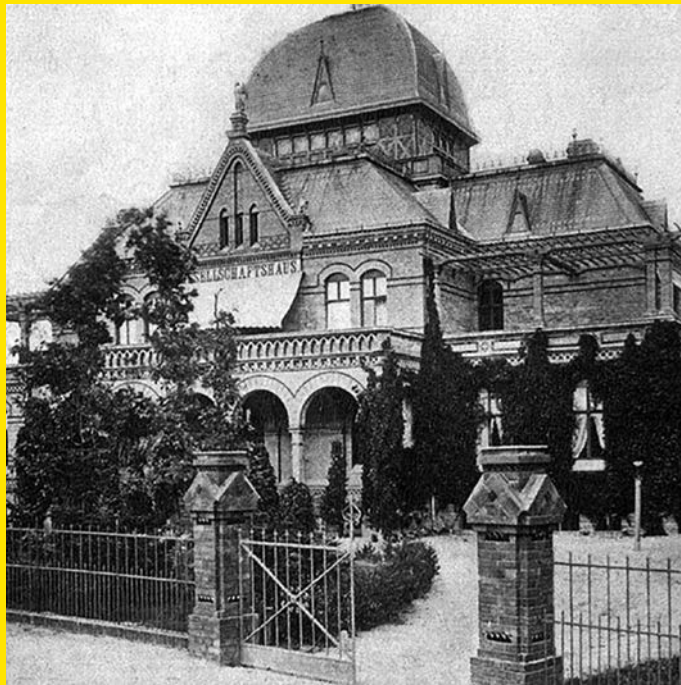


AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



DAS GESELLSCHAFTSHAUS IN BERLIN-LICHTERFELDE
Die vergessene Geschichte eines Hauses und seiner Menschen

MITGLIEDERRUNDBRIEF 88 · JANUAR 2023

INHALT

- 2 Editorial**
Christoph Kreuzmüller
- 3 Das Gesellschaftshaus in Berlin-Lichterfelde.
Die vergessene Geschichte eines Hauses und seiner Menschen**
Nina Haeberlin
- 12 Durch die Hufeisensiedlung in Britz.
Ein Rundgang zu ausgewählten Erinnerungsorten an die nationalsozialistische Zeit**
Andreas Schmidt / Jürgen Schulte
- 24 Aufbruch und Verfolgung. Kommunalpolitiker*innen 1920-1945.
Rede zur Eröffnung der Werkstattausstellung über Abgeordnete in Mitte, Tiergarten und Wedding
am 8. Dezember 2022 im Mitte Museum**
Heike Stange
- 26 Deutsche Türkei-Exilanten und türkisches Holocaustgedenken**
Reiner Möckelmann
- 29 Neue Erinnerungsorte zum Zweiten Weltkrieg – Zentralisierung der Berliner Gedenklandschaft?
Der siebte „Salon“ des Aktiven Museums**
Jens Schley
- 31 Publikationen des Aktiven Museums**
- 32 Impressum**

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Die Aufarbeitung dessen, was seinerzeit 50 Jahre vergangen war, ist längst selbst Geschichte: 1983 organisierten Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschland Erinnerung, gestalteten Ausstellungen, veröffentlichten Studien und gründeten Vereine – so wie das Aktive Museum. Dass das AM Geschichte macht, aber nicht Geschichte ist, sondern 40 Jahre nach seiner Gründung noch ein quicklebendiger Verein, das wollen wir am 9. Juni mit Euch feiern! Die Einladung folgt bald, bitte aber merkt Euch schon einmal den Termin!



Christoph Kreutzmüller am 9. November 2022 bei seinem Redebeitrag im Schloss Bellevue

Mit Freude erfüllt mich, dass unsere Stimme Gehör findet. Im Dezember saßen mein Vorstandskollege Gerd Kühling und ich zusammen bei der Präsentation des Buchs über die H. Kori GmbH in der Urania und haben über die Geschichte dieser Berliner Ofenbau firma, die die Krematorien in vielen KZ errichtet hat, und die Möglichkeiten an sie zu erinnern, diskutiert. Am 9. November war ich als Vertreter des Aktiven Museums eingeladen, auf einer vom Bundespräsidenten und dem Zentralrat der Juden in Deutschland organisier-

ten Tagung „Wie erinnern wir den 9. November“ die Ereignisse der Novemberpogrome 1938 darzustellen.

Keine Sorge, in unserem Jubiläumsjahr werden wir uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Das spannende Großprojekt „Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945“, an dem Dutzende Menschen gerade arbeiten, geht langsam in die Zielgerade. Darauf freue ich mich sehr. Zudem planen wir zusammen mit Karsten Krampitz, der Zentral- und Landesbibliothek Berlin und dem Verbrecher Verlag eine Publikation zum 100. Jahrestag des „Scheunenviertelpogroms“. Im Verbrecher Verlag ist, vom Aktiven Museum herausgegeben, vor wenigen Wochen auch „Text im Raum. Berlingeschichte verortet“ von Stefanie Endlich erschienen, das ich allen nur ans Herz legen kann. Die Buchvorstellung folgt am 23. Februar in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

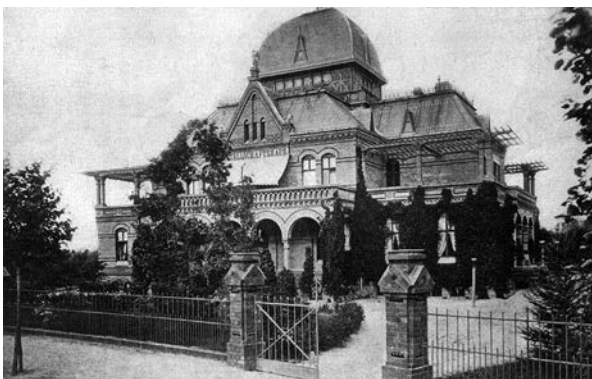
Und dann gibt es noch den Rundbrief: Jens Schley berichtet in dieser Ausgabe über den äußerst spannenden Herbstsalon. Andreas Schmidt und Jürgen Schulte nehmen uns mit auf einen historischen Rundgang durch die Hufeisensiedlung in Britz. Unser Mitglied Reiner Möckelmann beleuchtet, animiert durch unsere Ausstellung „Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945“, die Bedeutung deutscher Emigrant*innen für die Erinnerungspolitik in der Türkei. Seit ihrem Engagement für unsere Ausstellung „Vor die Tür gesetzt“ (2005) über Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder hat Heike Stange weitere Ausstellungen zur NS-Verfolgung von Kommunalpolitiker*innen auf Bezirksebene erarbeitet. Ihre Eröffnungsrede im Mitte Museum, wo die zugehörige Ausstellung noch bis Anfang März aufgebaut ist, drucken wir hier ab. Der Beitrag von Nina Haeblerin fasst die atemberaubende Geschichte des Jüdischen Alten- und Siechenheim in Lichterfelde und seiner Bewohner*innen zusammen – und ergänzt damit auch unsere Forschungen zu den „Zwangsräumen“.

Ganz herzlich grüßt

Christoph Kreutzmüller
Vorsitzender

DAS GESELLSCHAFTSHAUS IN BERLIN-LICHTERFELDE

Die vergessene Geschichte eines Hauses und seiner Menschen



Das Gesellschaftshaus im Jungfernstieg, um 1900

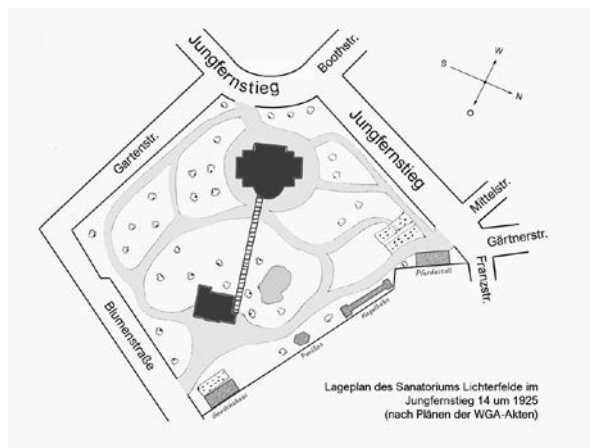
„Die Geschichte eines Hauses ist die Geschichte seiner Bewohner, die Geschichte seiner Bewohner ist die Geschichte der Zeit, in welcher sie lebten und leben, die Geschichte der Zeiten ist die Geschichte der Menschheit [...]“. Dieser Satz von Wilhelm Raabe gilt im Besonderen für das Gesellschaftshaus in Berlin-Lichterfelde.

Ausgangspunkt der hier vorgestellten Recherche der Stolpersteininitiative der Markusgemeinde Steglitz war eine Liste mit etwa zwanzig Namen, ein Auszug aus dem Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, für die als letzter Wohnort der Jungfernstieg 14 in Lichterfelde angegeben war. Warum waren es so viele, die hier wohnten? Welche Lebensgeschichten liegen hinter diesen Namen verborgen?

Diese Fragen führten tief in die Geschichte Lichterfeldes. Bis in die 1960er-Jahre hinein stand im südlichen Berliner Stadtteil ein stattliches Gebäude mit einer wechselvollen Geschichte. Es wurde 1870 als Gesellschaftshaus erbaut, beherbergte über 50 Jahre ein privates Sanatorium für Nervenranke und Erholungs-

bedürftige, das Goldstein Sanatorium, wurde ab 1940 als jüdisches Alten- und Siechenheim genutzt, Ende des Krieges teilweise zerstört und schließlich 1962 abgerissen.

Für die nächsten 60 Jahre gerieten das Haus und die Menschen, die dort lebten, dort arbeiteten, dort für kurze Zeit Zuflucht fanden, deren Deportation dort ihren Anfang nahm und die dort in den Tod flohen, in Vergessenheit. Das hat sich Ende 2022 geändert, als das Kulturamt Steglitz-Zehlendorf vor dem zentralen Grundstückseingang eine Erinnerungsstele aufstellen ließ.¹ Doch sind die Informationsmöglichkeiten einer solchen Stele eng begrenzt. Vieles bleibt unerwähnt, vieles offen. In diesem Beitrag werden nun einige dieser Lücken geschlossen und – zunächst exemplarisch – einzelne Biografien vorgestellt.



Die Anfangsjahre als Gesellschaftshaus

Die Geschichte des Gesellschaftshauses ist eng verbunden mit der des Villenortes Groß-Lichterfelde. In der Gründerzeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts entstehen im Umland Berlins neue Wohnviertel für das wohlhabende Bürgertum. Auch die von Wilhelm Carstenn gegründete Villenkolonie Lichterfelde ist aus dieser Zeit und das vom Architekten Johannes Otzen entworfene Gesellschaftshaus ist eines ihrer ersten und prachtvollsten Gebäude. Es ist umgeben von einem zwei Hektar großen Park, hat seinen zentralen Eingang

im Bogen des Jungfernstiegs vor der Boothstraße und erhält die Hausnummer 14, die jedoch nicht der heutigen Nummerierung entspricht.

Finanzielle Schwierigkeiten zwingen Carstenn 1885 zum Verkauf des Hauses, und auch der neue Besitzer Rudolf Rosseck, Direktor des Tonhallentheaters in der Friedrichstraße, verkauft das Haus nur wenige Jahre später weiter. 1889 schließt das Gesellschaftshaus für immer seine Türen.

Das Privatsanatorium für Nervenranke und Erholungsbedürftige

Neue Eigentümer werden Dr. Max Goldstein und Dr. Alfred Lilienfeld. Die beiden jüdischen Ärzte arbeiten bereits seit einigen Jahren gemeinsam in der Maison de Santé, einer Kur- und Nervenanstalt in Berlin-Schöneberg. Sie bauen das Gesellschaftshaus zu einem Sanatorium für Nervenranke und Erholungsbedürftige um, das im Sommer 1889 eröffnet.

Nun gibt es neben einem großen Speisesaal, Sprechzimmer, Behandlungszimmer der Ärzte sowie ein Wartezimmer und eine Bibliothek. Hinzukommen „[...] neben den Wohnungen der dirigierenden Aerzte einige zwanzig grosse Krankenzimmer, welche zum Theil auf Balcons, zum Theil auf Veranden münden und durch letztere directen Zutritt zum Garten gewähren“², mehrere Personalzimmer und einige Wirtschaftsräume.

Aufgenommen werden erholungsbedürftige Privatpatient:innen, insbesondere Menschen mit Erkrankungen des Nervensystems, einer Morphin- oder Alkoholabhängigkeit. Ausdrücklich ausgeschlossen von der Behandlung aber sind „Geistes- und Infektionskrankheiten aller Art“. Das Sanatorium floriert, und zehn Jahre nach der Eröffnung wird es 1899 mit einem dreigeschossigen Neubau um zwanzig Krankenzimmer erweitert.

Im März 1918 stirbt Max Goldstein im Alter von 63 Jahren und seine Frau Julie Goldstein übernimmt

die Verwaltungsleitung des Sanatoriums, das nun unter dem Namen Sanatorium Lichterfelde geführt wird. Mit Dr. Kurt Mendel und Dr. Manfred Sakel kommen in der 1920er-Jahren zwei renommierte Ärzte an das Haus, deren Spezialgebiet die Behandlung Morphin-süchtiger ist.

1933 – ein Sanatorium unter jüdischer Leitung

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme verändert sich das Leben und Arbeiten im Sanatorium schlagartig. Nun meidet das gehobene Berliner Bürgertum das von der Jüdin Julie Goldstein geleitete Haus. Auch die Zahl der jüdischen Gäste geht zurück, sei es, weil sie das Land verlassen oder ihnen nun schlicht die finanziellen Mittel für einen Sanatoriumsaufenthalt fehlen.



Dr. Max Goldstein

Kurz nach dem 30. Januar 1933 wehen auf einigen Grundstücken im Jungfernstieg die ersten Hakenkreuzfahnen. Wie konkret das Sanatorium Lichterfelde und seine Angestellten in den Folgemonaten von antijüdischen Boykottmaßnahmen betroffen waren, ist nicht bekannt. Noch 1933 verlieren die Ärzte des Hauses ihre kassenärztliche Zulassung. Manfred Sakel emigriert nach Wien. Im gleichen Jahr entschließen sich auch Sophie Michaeli, die jüngste der Goldstein-Töchter, und ihr Mann Wilhelm zur Emigration nach Schweden. Mit dem „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ werden dem jüdischen Anwalt Wilhelm Michaeli die Möglichkeiten genommen, seinen Beruf auszuüben.

1935 stirbt Julie Goldstein und ihre älteste Tochter Charlotte übernimmt die Leitung des Hauses. Unter den Repressionen des NS-Regimes wird es für sie jedoch zunehmend schwerer, das Sanatorium in seiner bisherigen Form zu betreiben. Ein Großteil der Zimmer ist inzwischen mit älteren Dauerbewohner:innen belegt. Ihr wird, wie sie später berichtet, „ein Aufseher beigeordnet, der an sich nicht unlauter auftrat, aber mich immer wieder und wieder bedrängte, das Sanatorium mit dem dazugehörigen Grundstück [...] zu verkaufen“.³

Aus Ärzt:innen werden Krankenbehandler:innen

Gab es Ende 1936 noch etwa 2140 jüdische Ärzt:innen in Berlin, so reduziert sich diese Zahl bis zum Juli 1938 auf 1560. Mit der 4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz wird zum 30. September 1938 fast ausnahmslos allen die Approbation entzogen. Um dennoch eine ärztliche Versorgung der jüdischen Bevölkerung sicherzustellen, wird der herabwürdigende Begriff „Krankenbehandler“ erfunden, unter dem jüdische Mediziner:innen ausschließlich jüdische Patient:innen behandeln dürfen. Die Zahl der dafür Zugelassenen ist streng limitiert. In Berlin erhalten bis 1945 etwa 370 Krankenbehandler:innen eine Zulassung.⁴ Das Sanatorium Lichterfelde zählt zu den wenigen Berliner Privatkliniken in jüdischer Hand, die zunächst ihren Betrieb nicht einstellen müssen. Ernst Levy, bereits seit 1933 Haus- und Nervenarzt des Sanatoriums, muss sich nun Krankenbehandler für Nervenkrankheiten nennen.

Dr. Ernst Levy⁵

geb. am 29. Mai 1885 in Hamburg
gestorben in Theresienstadt

Ernst Levy absolvierte sein Medizinstudium in München, Freiburg und Heidelberg, erhielt 1913 die Approbation und war einige Jahre als Nervenarzt in Hamburg tätig, bevor er in den 1930er-Jahren als Haus- und Nervenarzt an das Sanatorium Lichterfelde kam.

Mit Entzug der Approbation erhielt er 1938 die Zulassung als Krankenbehandler für Nervenkrankheiten. Als die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (im Folgenden Reichsvereinigung) das Sanatorium 1940 übernahm, blieb er zur medizinischen Versorgung der Heimsassen im Haus. Mit der Schließung des Heims Ende 1941 wohnte Ernst Levy zur Untermiete im „Judenhaus“ Blumeshof 15 und war weiterhin als Krankenbehandler für die Reichsvereinigung tätig.

Am 3. Oktober 1942 wurde Ernst Levy mit dem 3. Großen Alterstransport nach Theresienstadt deportiert. Auf der Transportliste standen auch ein Krankenpfleger, der mit ihm im Jungfernstieg 14 tätig gewesen war, sowie weitere 48 Ärzt:innen. In Theresienstadt verliert sich seine Spur. Etwa 70 Deportierte des Transportes überlebten den Holocaust. Weder der Krankenpfleger noch Ernst Levy war unter ihnen.

Ein Zufluchtsort für Zurückgelassene und Verfolgte

Nach den Novemberpogromen 1938 steigt die Zahl der Ausreisearchträge sprunghaft an. Bis Kriegsbeginn emigrieren etwa 32.000 Jüdinnen und Juden aus Berlin.⁶ Wer kann, verlässt das Land. Wer bleiben muss, den zwingt der Erlass des Gesetzes „über Mietverhältnisse mit Juden“ im April 1939 nicht selten zur Aufgabe der eigenen Wohnung. Zudem werden Jüdinnen und Juden aus öffentlichen Heimen ausgeschlossen.

Allein in Berlin gibt es 3000 Vormerkungen für einen Platz in einem der 13 jüdischen Altenheime und 300 Vormerkungen für die zwei jüdischen Siechenheime.⁷

Mathilde Herz-Meerloo⁸

geb. am 18. November 1859 in Den Haag (Niederlande)
gest. am 17. August 1942 in Theresienstadt

Mathilde Herz-Meerloo war eine der vielen, die hofften, in einem jüdischen Heim die letzten Jahre ihres Lebens ohne diskriminierendes Umfeld verbringen zu können. Wann sie in das Sanatorium im Jungfernstieg kam, lässt sich nicht ermitteln. Aus der Familie ist bekannt, dass es 1939 eine zähe Auseinandersetzung gab, wie die inzwischen achtzigjährige, mittellose Verwandte in Berlin untergebracht werden könne. Ihr Einzug in das Sanatorium war womöglich das Ergebnis dieses Streites. Mit der Auflösung des Jüdischen Altenheims Ende 1941 musste Mathilde Herz-Meerloo in ein Heim in der Marburger Straße umziehen und teilte sich dort mit drei anderen Frauen ein Zimmer.

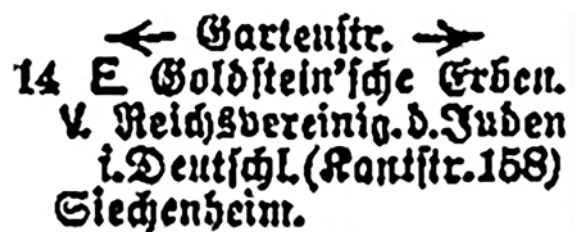
Mathilde Herz-Meerloo wurde am 9. Juli 1942 gemeinsam mit zwei ehemaligen Bewohnerinnen des Jungfernstieg 14 mit dem 18. Alterstransport nach Theresienstadt deportiert. Dort starb sie nur fünf Wochen später im Alter von 82 Jahren.

Aber nicht nur alte, von ihren Familien zurückgelassene Menschen suchen Zuflucht im Sanatorium. Nach den Novemberpogromen werden mehr als 27.000 jüdische Männer verhaftet, in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald verschleppt und dort gedemütigt und misshandelt. Viele von ihnen haben nach ihrer Entlassung keinen Ort, an den sie zurückkehren können, sei es, weil ihre Wohnungen ausgeraubt und zerstört wurden, ihre Familien fluchtartig das Land verlassen haben oder sie aufgrund der im KZ erlittenen Misshandlungen Pflege und Unterstützung brauchen, die ihre Angehörigen nicht leisten können. Einige von ihnen kommen im Jungfernstieg 14 unter. Andere müssen nur die Wartezeit bis zu ihrer Auswanderung dort überbrücken.

Das jüdische Alten- und Siechenheim

Seit Juni 1939 liegt die Organisation und Finanzierung der jüdischen Wohlfahrtspflege in der Ver-

antwortung der Reichsvereinigung, ein zwangsweise angeordneter Zusammenschluss aller jüdischen Verbände und Gemeinden, der unter direkter Kontrolle des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) steht und für den Betrieb der verbliebenen jüdischen Alten- und Siechenheime zuständig ist. Diese aber sind bereits mehr als voll belegt. Um kurzfristig weitere Plätze für die Unterbringung alter, oft mittelloser jüdischer Menschen zu schaffen, werden die Kapazitäten bestehender Heime ausgeweitet, zusätzliche Häuser angemietet und jüdische Einrichtungen umgewidmet.



Eintrag zum Jungfernstieg 14 im Berliner Adressbuch von 1941

Aus diesem Grund verhandelt die Reichsvereinigung im Sommer 1939 mit Charlotte Goldstein über eine Verpachtung des Sanatoriums. Personal und Insass:innen sollen, soweit möglich, zu den bisherigen Bedingungen übernommen und das Inventar erworben werden. Charlotte Goldstein stimmt zu, behält für eine Übergangszeit die Leitung des Hauses, und ihre Familie erhält für den Verkauf des Inventars die wohl kaum seinem Wert entsprechende Summe von 6500 RM. Mehr kann sie für das seit nunmehr fünfzig Jahren in Familienbesitz befindliche Haus, die Bewohner:innen und das Personal nicht tun. Nachdem der Vertrag im November 1939 unterzeichnet und das Sanatorium im Februar 1940 von der Reichsvereinigung übernommen wird, gelingt es den Schwestern Charlotte und Elisabeth im Frühjahr 1940 nach Schweden auszureisen. Ihre Söhne waren schon 1938 und 1939 dorthin emigriert. Im März 1941 wird Charlotte Goldstein und ihren Söhnen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Sie kehren nach dem Krieg nur noch für Besuche nach Deutschland zurück.

Mit der Übernahme wird das Sanatorium Lichterfelde von der Reichsvereinigung in ein Alten- und

Siechenheim umgewandelt. Der äußere Zustand der Gebäude bleibt unverändert, der Wirtschaftsgarten im Park wird vergrößert und die Belegung des Hauses stark erhöht. Sie wird bis Ende 1941 auf mehr als 80 Insass:innen anwachsen. Neben dem Krankenbehandler Ernst Levy werden einige Krankenschwestern und -pfleger sowie Hausangestellte von der Reichsvereinigung übernommen. Elsa Oestreicher, eine Schwägerin von Julie und Max Goldstein, kommt als Küchenleitung in den Jungfernstieg.

Elsa Oestreicher⁹

geb. am 6. November 1878 in Berlin

gest. am 3. Oktober 1962 in New York

Elsa Oestreicher zählt zu den wenigen Menschen dieser Recherche, die die Grausamkeit des Holocaust nicht nur durch-, sondern auch überlebt haben.

Bevor sie 1940 die Küchenleitung im Jungfernstieg 14 übernahm, war sie Lehrerin an verschiedenen Berliner Kochschulen, hielt Vorträge im Radioprogramm der Deutschen Welle, veranstaltete Kochausstellungen, veröffentlichte Zeitungsartikel in Hausfrauenzeitschriften und der Tagespresse und verfasste verschiedene Rezeptsammlungen. Dieses öffentliche Leben fand Anfang 1933 ein jähes Ende. Es gelang ihr, eine Unterrichtserlaubnis zu erhalten und bis zum Sommer 1939 in ihrer Wohnung eine private Kochschule zu führen. Ihre Versuche, gemeinsam mit ihrem Mann das Land zu verlassen, schlugen fehl.

Mit der Auflösung des Altenheims im Jungfernstieg kam Elsa Oestreicher Ende 1941 als Köchin in das jüdische Altenheim in der Marburger Straße. Als im Rahmen der „Gemeindeaktion“ im Herbst 1942 mehr als 500 Mitarbeitende der jüdischen Gemeinde Berlins deportiert werden sollten, stand auch ihr Name auf der Deportationsliste. Doch ein Krankenpfleger, der hoffte, auf diesem Weg seine Tochter wiederzusehen, bat sie um ihren Platz auf dem Transport. Sie tauschten, und Elsa Oestreicher wurde von der Liste gestrichen. Der Krankenpfleger wurde am 26. Oktober 1942 mit vier weiteren ehemaligen Mitarbeiter:innen des Jungfernstieg

stieg 14 nach Riga deportiert. Alle Deportierten dieses Transportes wurden unmittelbar nach der Ankunft in Riga erschossen.

Doch der Aufschub währte nicht lang. Am 4. November 1942 wurde Elsa Oestreicher nach Theresienstadt deportiert. Zweieinhalb Jahre durchlitt sie die beengten Verhältnisse, Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten und Seuchen und erlebte im Mai 1945 die Befreiung des Lagers. 1946 emigrierte sie in die USA.

Zuflucht oder Zwang

Während die Vertreibungspolitik der Nationalsozialisten in den Großstädten die jüdische Bevölkerung zunächst zur Umsiedlung in „Judenhäuser“ und „Judenwohnungen“ zwingt, betreiben einzelne Gemeinden und Kleinstädte einen regelrechten Wettlauf darin, ihren Ort als „judenfrei“ zu proklamieren. Viele der Vertriebenen suchen in der Anonymität der Großstädte Schutz. Viele aber haben gar keine Wahl. Sie werden zwangsweise umgesiedelt. Auch das Heim im Jungfernstieg dient der Reichsvereinigung zur Unterbringung dieser aus ihrer Heimat ausgewiesenen Jüdinnen und Juden. Eine von ihnen ist Ruth Aron.

Ruth Aron¹⁰

geb. am 13. Januar 1911 in Jastrow

ermordet in Auschwitz

Ruth Aron stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in der 30 km nördlich von Schneidemühl (Pommern) gelegenen Kleinstadt Jastrow. Bereits am 21. Februar 1940 wurde die gesamte jüdische Bevölkerung des Regierungsbezirks Schneidemühl verhaftet. Innerhalb eines einzigen Tages wurden mehr als 500 Menschen mit Lastwagen und Bussen aus mehr als zwei Dutzend jüdischen Gemeinden in einem provisorischen Internierungs- und Durchgangslager der Stadt Schneidemühl zusammengetrieben, unter ihnen auch Ruth Aron und ihre Eltern. In den folgenden Monaten wurden die Häftlinge in andere Städte deportiert. So kam Ruth Aron am 27. Februar 1940 nach Berlin und wurde in das Altenheim in Lichterfelde eingewiesen. Wenig später verlieren sich

die Spuren ihrer Eltern. Im Dezember 1940 gab es im Regierungsbezirk Schneidemühl kein jüdisches Leben mehr. Vermutlich kam Ruth Aron mit der Auflösung des Altenheims Ende 1941 in das Heim in der Auguststraße, das in der Transportliste als ihr letzter Wohnort angegeben ist. Am 29. November 1942 wurde sie mit dem 23. Osttransport nach Auschwitz deportiert. Die meisten der Deportierten dieses Transports wurden sofort nach der Ankunft in den Gaskammern von Birkenau ermordet. Die Übrigen mussten unter schlimmsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Von den fast 1000 Deportierten überlebte nur eine Person. Ruth Aron war es nicht. Sie wurde gerade einmal 31 Jahre alt.

Zum 1. April 1941 übernimmt die Jüdische Gemeinde Berlins die Verwaltung des Heimes. Wie auch in anderen, von jüdischen Organisationen betriebenen Häusern verschlechtern sich die Lebensbedingungen im Jungfernstieg von Monat zu Monat. Die meist alten, oft gebrechlichen Menschen sind entwurzelt, vereinsamt und erschöpft. Im überbelegten Haus teilen sich mehrere ohne jegliche Privatsphäre die einstigen Einzelzimmer. Die Verpflegung wird einfacher und karger, die hygienischen und medizinischen Zustände schlechter. Das Haus hat seinen Charakter eines Ruhesitzes längst verloren.

Das Sterbebuch des Bezirksamtes Lichterfelde dokumentiert 1939, im letzten Jahr als Sanatorium, hier dreizehn Sterbefälle. Diesen stehen mehr als 55 Sterbefälle für die Jahre 1940 und 1941 gegenüber.¹¹ Soweit wir bisher wissen, sind unter ihnen vier Menschen, die, um der nationalsozialistischen Verfolgung und Entrechtung zu entgehen, keinen anderen Ausweg wussten, als sich das Leben zu nehmen, ein Weg, den viele gingen. Allein auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee wurden von 1938 bis 1945 mehr als 1670 Menschen beigesetzt, die in den Tod geflohen waren.¹²

Lazar Lewin¹³

geb. am 11. Oktober 1883 in Švenčionys (Litauen)
Flucht in den Tod am 7. August 1941 in Berlin

Als Lazar Lewin 1883 in Švenčionys zur Welt kam, gehörte die litauische Kleinstadt zum russischen Reich.

Wann er seine Heimatstadt verließ, ließ sich nicht klären. Eine der wenigen Lebensspuren stammt aus dem Jahr 1911, als er, inzwischen Ingenieur geworden, am 1. Dezember in Hamburg die ein Jahr jüngere Jüdin Anna Riebesehl heiratete. Weitere Hinweise auf das Leben von Anna und Lazar Lewin ließen sich nicht finden, weder in Hamburg noch in Berlin. So wissen wir nicht, ob sie Kinder hatten, wann und warum sie nach Berlin kamen und was dazu führte, dass der Witwer Lazar Lewin schließlich im Jungfernstieg 14 wohnte.

Nur das Ende seines Lebens ist dokumentiert. Am 7. August 1941 tötete er sich im Alter von 57 Jahren durch Einnahme von Schlaftabletten selbst und wurde am 13. August auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee bestattet.

Die ersten Deportationen

Im Herbst 1941 beginnen die systematischen Deportationen der jüdischen Bevölkerung Berlins. Bereits im November 1941 finden sich die ersten Namen von Bewohner:innen und Mitarbeiter:innen des Jungfernstiegs 14 auf den Deportationslisten der Gestapo.¹⁴

Leo Soberski¹⁵

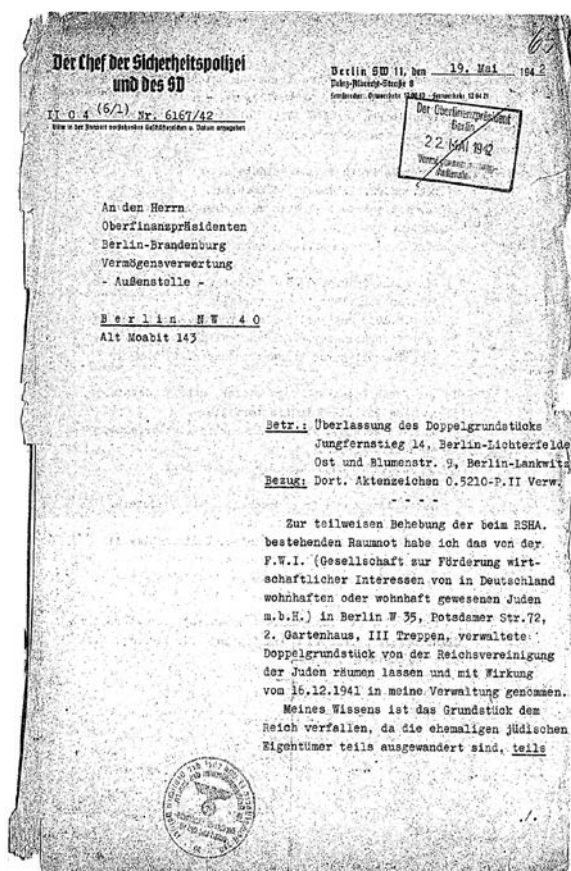
geb. am 28. Juli 1878 in Breslau
gest. am 15. April 1942 in Litzmannstadt

Leo Soberski war Krankenpfleger und lebte, seit seine Frau kurz nach dem Novemberpogrom 1938 an den Folgen der dort erlittenen Misshandlungen gestorben war, in einer Mitarbeiterwohnung des Sanatoriums. Er wurde am 1. November 1941 mit dem 4. Osttransport von Berlin nach Litzmannstadt deportiert. Mit diesen Transporten wurden vom 18. Oktober bis 1. November 1941 mehr als 4100 Berliner Jüdinnen und Juden dorthin verschleppt. Lediglich zehn von ihnen wohnten vor ihrer Deportation in Steglitz. Einer von ihnen war Leo Soberski aus dem Jungfernstieg 14.

Ebenfalls mit dem 4. Transport kam Anna Lewy, eine Schneiderin aus Berlin-Schöneberg, nach Litzmannstadt. Leo Soberski und Anna Lewy heirateten am 19. Dezember

1941. Sie waren nicht das einzige Brautpaar im Ghetto. Allein im Dezember 1941 wurden unter den Neuangekommenen mehr als zwanzig Ehen geschlossen. Vielleicht war Anna Lewy der Grund, warum Leo Soberski aus Steglitz am 1. November 1941 nach Litzmannstadt deportiert wurde. Vielleicht hatte er sich freiwillig zum Transport gemeldet, um Anna Lewy begleiten zu können – es bleiben Vermutungen. Wahrscheinlich war Leo Soberski auch im Litzmannstadt als Krankenpfleger tätig, schließlich mussten alle im Ghetto Lebenden, wo immer sie einsetzbar waren, arbeiten.

Leo Soberski starb ein halbes Jahr nach seiner Ankunft am 15. April 1942 mit 63 Jahren. Bis zum Mai 1942, dem Beginn der „Aussiedlung“ der Ghattobewohner:innen in das Vernichtungslager Chelмно, war bereits rund ein Viertel der Berliner Deportierten umgekommen.



Verwaltungsschreiben, die Beschlagnahmung des Jungfernstiegs 14 im Dezember 1941 betreffend

Die Räumung des Altenheims

Immer wieder weckt das Grundstück im Jungfernstieg 14 Begehrlichkeiten bei SS-Ämtern und Behörden. Zum Ende des Jahres 1941 wird es vom RSHA beschlagnahmt und muss innerhalb kurzer Frist geräumt werden. Die meisten Insassen werden im Heim in der Elsässer Straße aufgenommen, einzelne kommen in anderen Heimen oder als Untermieter in Privatwohnungen unter. Ein Großteil des Personals wird in Einrichtungen der Reichvereinigung weiterbeschäftigt.

Was mit dem Mobiliar des Heims, den medizinischen Geräten und den zurückgelassenen Habseligkeiten der letzten Bewohner:innen geschah, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich wurde alles, für was die neuen Hausherrn keine Verwendung hatten, öffentlich versteigert.

Die Ungenannten

Längst sind nicht alle Namen derer bekannt, die zwischen 1939 und 1941 im jüdischen Alten- und Siechenheim in Lichterfelde lebten und arbeiteten. Im Rahmen dieser Recherche fanden sich Hinweise auf mehr als 130 Menschen, deren Name, Geburtsdatum und -ort, oft auch das Sterbedatum und der Todesort ermittelt werden konnten.

Soweit wir heute wissen, starb ein Großteil der aus anderen Teilen des Landes in das Heim überführten Menschen bis zur Schließung des Hauses Ende 1941. Bei mindestens drei von ihnen war dies eine erzwungene Flucht in den Tod. Mehr als 45 Menschen wurden, oft mit ihren Familienangehörigen, zwischen 1941 und 1944 in Vernichtungslager deportiert und kamen dort um. Lediglich fünf Menschen, allesamt Mitarbeiter:innen der Reichvereinigung, überlebten den Holocaust.

Die Kaserne einer Wachkompanie

Anfang 1942 ziehen Soldaten einer Wachkompanie in das beschlagnahmte Gebäude ein und das ehemalige Gesellschaftshaus wird zur Kaserne. Der Wandelgang zwischen beiden Häusern wird ebenso abgerissen wie die Gartenpavillons und die Sommerkegelbahn. An

der Grundstücksgrenze werden Wachtürme errichtet, mehrere Baracken aufgebaut und aus der Liegewiese ein Appellplatz gemacht.

In der Lankwitzer Bombennacht vom 23. August 1943 werden nahezu 85 % der Gebäude der Stadtteile Südende, Lankwitz und Lichterfelde zerstört. Auch der Jungfernstieg 14 ist davon betroffen. Dach und Obergeschoss des Haupthauses brennen nahezu vollständig aus. Dennoch bleibt die Wachkompanie bis Kriegsende vor Ort. Das Haupthaus erhält ein Behelfsdach, und aus der Ruine des Erweiterungsbaus werden Notbaracken gebaut. Am 24. April 1945 erreichen sowjetische Truppen Lichterfelde und nutzen das Gebäude im Jungfernstieg 14 kurze Zeit als Quartier.

Das Ende des Krieges

Nach dem Krieg sind Gebäude und Grundstück im Jungfernstieg 14 in einem desolaten Zustand. Ab Juli 1945 gehört Lichterfelde zum amerikanischen Sektor und das Gelände wird von der US-Armee genutzt. Im Frühjahr 1946 beziehen einige Gewerbebetriebe das Hauptgebäude. Das Bezirksamt Steglitz richtet in zwei Baracken Lehrwerkstätten ein.



Das Gelände, um 1950

1962 erfolgt der Abriss aller Gebäude und die wechselvolle Geschichte des Gesellschaftshauses findet nach gerade einmal 90 Jahren ihr Ende. In den darauffolgenden Jahren wird das Grundstück neu parzelliert und mit dreistöckigen Mietshäusern bebaut. Vom einstigen

Park mit seinen großen, alten Bäumen, dem See, der Kegelbahn und dem Pavillon finden sich heute kaum Spuren. Einzig ein paar Bäume und wenige Mauerreste im Bogen des Jungfernstiegs sind bis heute erhalten geblieben.

Ein Ort der Erinnerung

Mit der Aufstellung einer markanten roten Informationsstele am 2. Dezember 2022 gibt es nun dort, wo einst das Gesellschaftshaus stand, einen Erinnerungsort, der die Bedeutung des Hauses würdigt. Auf der anderen Straßenseite erinnern seit Oktober 2022 vier Stolpersteine an die Familie Goldstein. Damit ist ein Anfang gemacht. Die Erinnerung an die mehr als 130 Menschen, die in der Zeit von 1939 bis 1941 hier arbeiteten und lebten, bedarf eines anderen Zugangs. Aktuell werden verschiedene Projekte diskutiert, diesen Opfern nicht nur ihre Namen zurückzugeben, sondern auch an die Leben dieser Menschen zu erinnern.

Nina Haerberlin

Die Autorin ist Mitglied der Stolpersteininitiative der Marksgemeinde Berlin-Steglitz.

1) Der Fachbereich Kultur des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf realisiert seit 2008 Informationstafeln auf Straßen und Plätzen des Bezirkes. Die von der Künstlerin Karin Rosenberg entworfenen, markanten roten Stelen widmen sich vielfältigen regionalhistorischen Themen.

2) Vgl. Konzessionsurkunde des Sanatoriums vom 27. Mai 1889 in den Akten zum Goldstein-Sanatorium im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, BLHA Rep 31 A Potsdam 1030.

3) Umfangreiche Informationen zum Sanatorium, Geländepläne, Werbeprospekte, Inventarlisten, Gutachten usw. finden sich in den Rückerstattungsakten für Familie Goldstein im Landesarchiv Berlin: 22 WGA 498/57, 2 WGA 1789/50, 7 WGA 939/50.

4) Vgl. Schwoch, Rebecca: Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945, Frankfurt a.M. 2018, S. 54.

5) Vgl. Schwoch, Rebecca: Jüdische Ärzte als Krankenbehandler, S. 383. Zur Deportation Ernst Levys: OFP-Akte für Ernst Levy im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam, BLHA Rep 36 A (II) Nr. 22239 und Transportliste des 3. Großen Alterstransports am 3. Oktober 1942 nach Theresienstadt im ITS Digital Archive des Arolsen Archives, 1.2.1.1/127207353.

6) Vgl. Schäbitz, Michael: Flucht und Vertreibung der deutschen Juden 1933-1945. In: Simon und Meyer (Hg.): Juden in Berlin 1938-1945, Berlin 2000, S. 51ff.

7) Vgl. Gruner, Wolf: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 62, München 2002, S. 199.

8) Hinweise zum Familienstreit finden sich in: Posener, Julius: Heimliche Erinnerungen in Deutschland 1904 bis 1933, München 2004, S. 248. Zur Deportation und zum Tod von Mathilde Herz-Meerloo: Eintrag im Gedenkbuch des Bundes. URL: <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch>, aufgerufen am 13. September 2021.

9) Ausführliche z.T. autobiographische Schilderungen und Dokumente finden sich in der Elsa Oestreicher Collection des Leo Baeck Institute in New York.

10) Ausführliche Informationen zur Familie Aron finden sich in einem Interview von Gunter Aron: Recollections. Text des Interviews zum Video „We were there: seven (New Mexico) survivors of the Holocaust“, Albuquerque 1999. URL: http://www.bluecanyonproductions.com/holo_transcript08.html, aufgerufen am 22. August 2020. Zur Deportation aus Schneidemühl: Cullman, Peter Simonstein: History of the Jewish community of Schneidemühl. 1641 to the Holocaust. Shelton 2006. Zur Deportation Ruth Arons nach Auschwitz: Yad Vashem Archiv Jerusalem: ID 5092727.

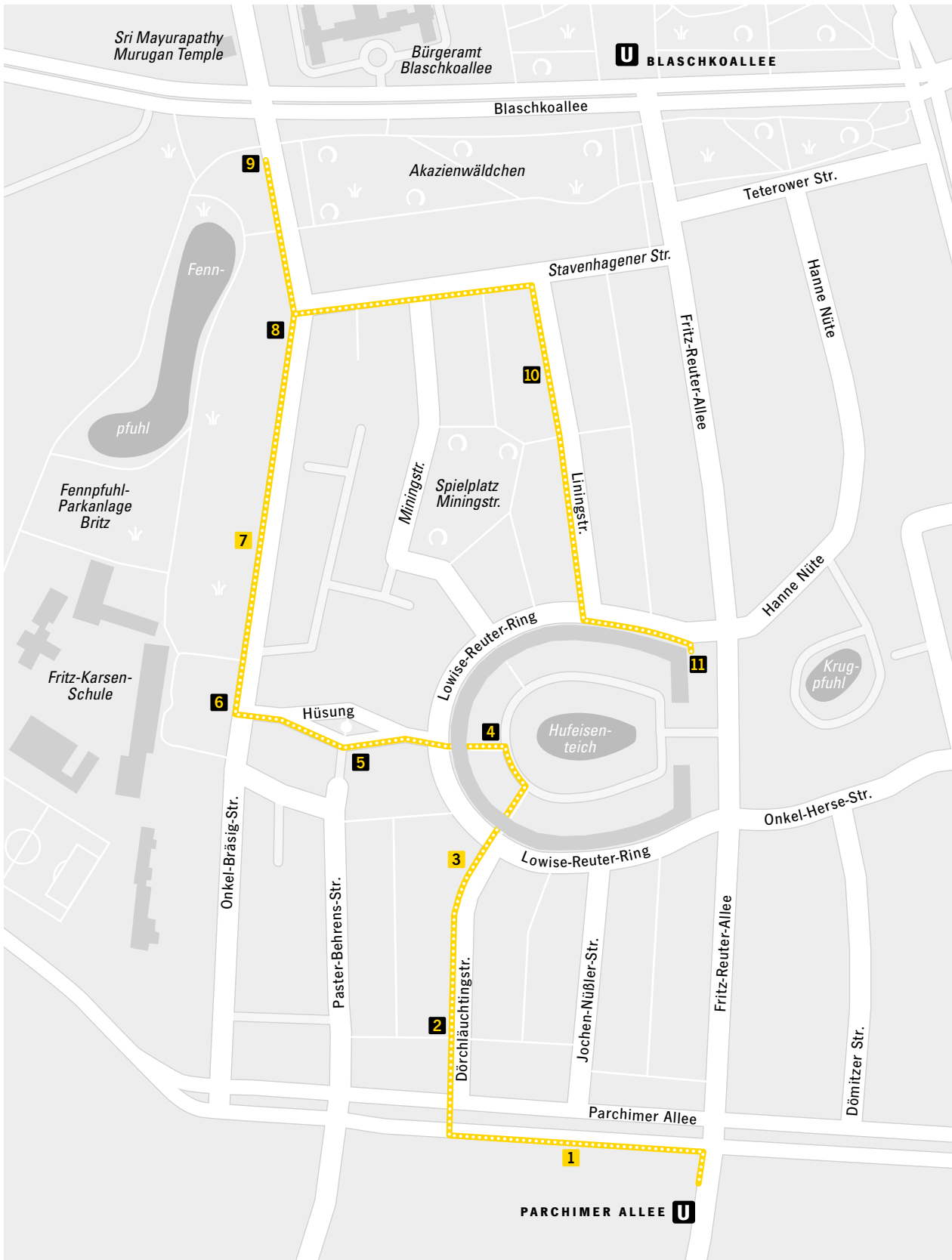
11) Siehe die Sterberegister des Standesamts Lichterfelde der Jahre 1939-1941 im Landesarchiv Berlin.

12) Vgl. Fischer, Anna: Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938-1945 in Berlin, Berlin 2007, S. 15. In der Sterbekartei des Jüdischen Friedhofs finden mit letzter Adresse Jungfernstieg 14 Lazar Lewin, Arthur Löbl und Josef Rosenthal. Emilie Wiener, die 1940 aus Schneidemühl in den Jungfernstieg kam, nahm sich 1942 das Leben.

13) Landesarchiv Berlin: Eintrag für Lazar Lewin im Sterberegister des Standesamts Berlin-Wedding des Jahres 1941, Nr. 3775.

14) Siehe z.B. Leo Soberski auf der Transportliste des 4. Osttransportes am 1. November 1941 nach Litzmannstadt im ITS Digital Archive des Arolsen Archives, 1.2.1.1/11194426, und Jeanette Berkenruth auf der Transportliste des Transports von Berlin nach Minsk am 14. November 1941 im Yad Vashem Archiv Jerusalem, ID 5092822.

15) Die Informationen zum Ghetto Litzmannstadt sind entnommen aus: Loose, Ingo: Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941-1944. Ein Gedenkbuch, Berlin 2009. Zur Deportation und zum Tod Leo Soberskis: Eintrag im Gedenkbuch des Bundes. URL: <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch>, aufgerufen am 20. November 2022.



Karte: Bettina Kubanek

DURCH DIE HUFSENSIEDLUNG IN BRITZ

Ein Rundgang zu ausgewählten Erinnerungs-
orten an die nationalsozialistische Zeit



Als Startpunkt für den Rundgang bietet sich der nördliche Ausgang des U-Bhf. Parchimer Allee an, der auch mit dem Bus M46 zu erreichen ist. Fast an der Ecke Parchimer Allee / Fritz-Reuter-Allee befinden sich zwei Parkbänke, die sich eignen, um dort den einleitenden Abschnitt über die Siedlung zu lesen.

Die Hufeisensiedlung wurde in sieben Bauabschnitten in den Jahren 1925 bis 1933 von der Gemeinnützigen Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft (GEHAG) auf einem Teil des ehemaligen Geländes des Gutshofes Britz errichtet. Sie umfasst 1638 Stockwerkwohnungen und 679 Einfamilienhäuser. Finanziell war ein derartiges Projekt möglich durch die ab 1924 erhobene Hauszinssteuer, die über die Wohnungsfürsorgegesellschaft für Wohnungsbauvorhaben verteilt wurde. Die 1924 gegründete Arbeiterbank, ein Vorläufer der Bank für Gemeinwirtschaft, diente als Kreditgeber.

Die GEHAG setzte sich als gewerkschaftlich-genossenschaftliche Fürsorgegesellschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) als Hauptaktionäre „die Beschaffung gesunder Wohnungen zu angemessenen Preisen für die minderbemittelten Volksklassen, insbesondere die zu Baugenossenschaften zusammengesetzten Familien und Einzelpersonen“ zum ausschließlichen Ziel. Nach den Plänen von Martin Wagner, damals Stadtbaurat von Berlin, und dem Architekten Bruno Taut sollte eine Siedlung für Arbeiter*innen entstehen, die eine preisgünstige Alternative zu den städtischen „Mietskasernen“ mit ihren beengten, oft menschenunwürdigen Hinterhofwohnungen bildete. Taut und Wagner planten eine Gartenstadt „mit einer Blockbebauung mit Kleinwohnungen, durchflutet von Licht, Luft und Sonne.“ Sie sollte sich deutlich von der

bürgerlichen Umgebung abheben und einen geschlossenen Arbeitersiedlungscharakter bilden. Doch trotz rationeller Bauweise lagen die Mietpreise deutlich über den ursprünglich entwickelten Vorstellungen. So stellten 1928 die Arbeiter – und hier in der Mehrheit Facharbeiter – gegenüber Angestellten und Beamten sowie mittelständigen Selbstständigen und Künstlern lediglich 30% der Bewohner*innenschaft. In der Siedlung entwickelte sich ein vielfältiges soziales Leben, das zum einen durch die der Arbeiterbewegung nahestehenden Organisationen und Vereine getragen wurde. Zum anderen wurde es aber auch durch die Architektur der Siedlung gefördert, die nachbarschaftliche Nähe und Gemeinschaftseinrichtungen einschloss. Auf die Zeit von 1933 bis 1945 wird am fünften Halt (Hüsung) vertiefter eingegangen.

1952 erfolgte die Rückgabe der GEHAG an die Gewerkschaften und das Land Berlin als gemeinnützige Genossenschaft. 1980 erwarb das Land Berlin die Mehrheit der Aktienanteile. Ab da wurde sie zu einem Spielball der landes- und parteipolitischen Interessen. Die GEHAG wurde mit einem neu aufgesetzten Spezialfonds zum Mitspieler der staatlichen Spekulation, die in den Berliner Bankenskandal mündete. Ende 1990 erfolgte die schrittweise Privatisierung. Ein Versuch von rund 900 Mieter*innen, im Jahr 2000 eine Genossenschaft ins Leben zu rufen, die die Hufeisensiedlung komplett übernehmen sollte, scheiterte. Seitdem wechselten die Eigentümer fast jährlich, bis schließlich 2006 die GEHAG-Bestände an die Deutsche Wohnen AG verkauft wurden und seitdem an der Börse notiert sind. Mittlerweile sind nahezu alle Reihenhäuser in Privatbesitz übergegangen.

 Nun geht es zurück über die Ampel bis zum U-Bahneingang und dann rechts die Parchimer Allee entlang  bis zur Hausnummer 75, vor der ein Stolperstein liegt.

1 Parchimer Allee 75 – Gertrud Seele

Gertrud Seele wurde am 22. September 1917 in Berlin geboren und wuchs in einer sozialdemokratischen Familie auf. Sie besuchte die Rüttschule, eine Reformschule der Weimarer Republik, und war Mitglied der



Hufeisensiedlung, Postkarte, um 1930

Neuköllner Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die dort praktizierte kritische Haltung und der erlebte solidarische Umgang miteinander haben ihre Einstellung in der Folgezeit entscheidend geprägt.

Die nachfolgende Geschichte sagt viel über Gertrud Seele aus. Nach ihrer 8-jährigen Schulzeit an der Rütli-schule besuchte sie ab 1932 gemeinsam mit einigen Mitschüler*innen eine Aufbauklasse an der Elbe-Schule. Hier kam es 1934 zu einer Auseinandersetzung zwischen Gertrud Seele und einem Nationalsozialisten, die auch zur vorzeitigen Beendigung ihrer Schullaufbahn führen sollte. In einem Aufsatz über den 1. Mai sollten die Schüler*innen ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgeben. Entgegen den Erwartungen des Lehrers weigerten sich Gertrud Seele und ihre Freundin Ilse Selchow, die 1.-Mai-Demonstrationen der Arbeiterbewegung vor 1933 gegenüber den NS-Aufzügen zum „Tag der Arbeit“ zu verunglimpfen. Die beiden Schülerinnen wurden von dem ihnen wohlgesonnenen Lehrer ermahnt, den Aufsatz umzuschreiben, da sie sonst von der Schule gewiesen würden. Ilse Selchow folgte auf Bitten ihres Vaters dem Hinweis. Gertrud

Seele weigerte sich jedoch standhaft. Ilse Vierchow, wie sie nun hieß, erinnerte sich in einem Gespräch mit Volker Hoffmann am 21. September 1989, das in dessen Band ‚Die Rütli-schule‘, Berlin 1990, abgedruckt wurde (S. 351): „Und dann passierte es, gar nicht lange danach. Kommt der Rektor [...] in unsere Klasse. [...] Sagt er: ‚Trude Seele, obwohl ich bei dir ja bezweifeln muss, dass du eine Seele hast...‘ und da ist sie ihm aber gleich ins Wort gefallen: ‚Ach Herr Schönfeld, wer von uns beiden eine Seele hat oder nicht, soll wohl dahingestellt bleiben. Denn können Sie sich nicht erinnern, dass Sie noch bis kurz vor dem Machtantritt Adolf Hitlers Sozialdemokrat waren und jetzt plötzlich Nationalsozialist?!‘ Ganz stolz und ganz frech, mit knallrotem Kopf stand sie da, aber so mit Bravour. Und da sagt er: ‚Raus!‘ Hat sie rausgenommen. Und wir haben sie dann nie wieder gesehen. Sie ist von der Schule geflogen, noch am selben Tag. Dabei war’s die Wahrheit. Es war die reine Wahrheit. Sie war toll.“

Gertrud Seele wurde Krankenschwester und Fürsorgerin, die sich während der Zeit des Nationalsozialismus für bedrängte Jüdinnen und Juden gemeinsam

mit ihrem Bruder und dessen Freunden einsetzte. Auch später hat ihre unnachgiebig ehrliche, offene Einstellung zur Konfrontation mit den Nazis geführt. Als sie sich 1943 während einer Landverschickung gegen den Vernichtungskrieg in Russland aussprach und den Vormarsch der sowjetischen Armee begrüßte, wurde sie denunziert und daraufhin am 24. Januar 1944 verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilte sie wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode. Am 12. Januar 1945 ist Gertrud Seele in Berlin-Plötzensee hingerichtet worden. Das Urteil wurde nach dem Krieg aufgehoben. Ein Krankenhaus und mehrere Straßen wurden nach ihr benannt. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand führt Gertrud Seele als „Stille Heldin“.

Der Stolperstein wurde von Andreas Schmidt gestiftet und am 29. November 2012 verlegt. In der Nacht vom 5. zum 6. November 2017 wurde dieser Stolperstein mit weiteren 14 Britzer Steinen aus dem



Gertrud Seele, um 1940

Pflaster gerissen und gestohlen, vermutlich von Rechts-extremen. Am 5. Dezember 2017 erfolgte die feierliche Neuverlegung des Stolpersteines für Gertrud Seele, finanziert durch Spenden aus der Bevölkerung.

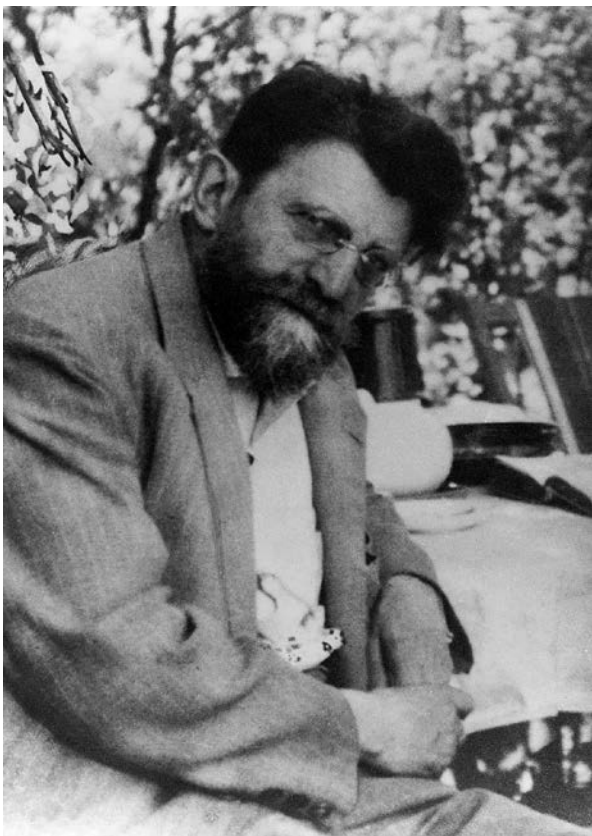
- Schräg gegenüber auf der anderen Straßenseite der
- Parchimer Allee beginnt die Dörchläuchtingstraße.
- Auf dem linken Bürgersteig gehend, stößt man bald
- ▼ auf einen kleinen Gedenkort.

2 Dörchläuchtingstraße 48 – Erich Mühsam

Im Juli 1927 zogen Erich Mühsam (geb. am 6. April 1878) und seine Ehefrau Zensl aus Charlottenburg, Alt-Lietzow 12, in die Hufeisensiedlung. Damit bekam die Hufeisensiedlung in Britz neue Bewohner*innen, die bereits weit über die Grenzen Berlins bekannt waren. Der anarchistische Dichter und Revolutionär konnte auf eine vielfältige Vergangenheit zurückblicken. Mitglied der Berliner und Münchener Bohème, führender Aktivist der Münchener Räterepublik, langjähriger politischer Gefangener in bayerischen Haftanstalten. In seiner Dichtung zeigte er sich als ein Gestalter von Sprache und „längeren Gedankenspielen“; als solcher konnte er eine Kraft entwickeln, die ihm in der rationalen Sphäre der Gesellschaftsanalyse und -gestaltung versagt blieb. „Sich fügen heißt lügen“ lautet eine Zeile aus einem Gedicht, das er während seiner Festungshaft 1919 geschrieben hat, und dies darf sicherlich zugleich als Maxime für sein Leben gelten. Mühsam war bekennender Anarchist, und die Quelle seiner Überlegungen und Aktivitäten – das gilt vor allem für das literarische Werk – entstammte seiner moralischen Stärke und Unbestechlichkeit.

Über Mühsams Zeit in Britz gibt es keine geschlossene Darstellung, obwohl diese Zeit eine seiner literarisch und politisch produktivsten Lebensabschnitte gewesen ist. Neben einer Vielzahl von Gedichten hat er hier die Dramen „Staatsräson“ und „Alle Wetter“ verfasst und seine biographischen Berichte unter dem Titel „Unpolitische Erinnerungen“ veröffentlicht. Auch die Herausgabe seiner Zeitschrift „Fanal“ bis zu ihrem Verbot 1931 fiel in diese Lebensphase. Und schließlich schrieb er hier auch sein politisches Hauptwerk „Die

Befreiung der Gesellschaft vom Staat“. Die Eintragungen in seinem Notizbuch aus dieser Zeit sind voll von Terminen, auf denen er zu Versammlungen und Treffen eilte, um dort gegen Staatsjustiz, Faschismus und Unterdrückung von Meinungsfreiheit zu agitieren. Auch die Versuche, eine Bewegung in der Arbeiterschaft neben den Parteien zu organisieren, sind dort zu finden. Immer wieder sind hier auch Vorträge und Veranstaltungen im Rahmen der „Roten Hilfe“ vermerkt, auch nach seinem Austritt im Januar 1929.



Erich Mühsam, 1927

Aber er war auch in Neukölln tätig, vor allem in der „Anarchistischen Vereinigung“, die hier eine etwa 35 Köpfe zählende Ortsgruppe besaß. Eng befreundet und in ständigem Austausch war er vor allem mit dem in der Rudower Allee 46 wohnenden Anarchisten Rudolf Rocker und seiner Lebensgefährtin Milly Witkop. In der Siedlung nahm er an den Übungen des Britzer Komitees für die Abwehr des Faschismus teil und schrieb

heftige Artikel gegen die Mieterhöhung der GEHAG in der oppositionellen Wohngebietszeitung „Die andere Wohngemeinschaft“. Das Haus Dörchläuchtingstraße 48 und seine Bewohner*innen waren bis zu ihrer Verhaftung bzw. Vertreibung durch die Nazis eine gerne besuchte Institution in der Hufeisensiedlung – und das galt völlig unabhängig von der politischen oder moralischen Einstellung gegenüber den Vorstellungen der Mühsams.

In den Morgenstunden des 28. Februar 1933 wurde Erich Mühsam von zwei Beamten der Preußischen Polizei in Begleitung von SA-Männern verhaftet und durch verschiedene Gefängnisse und Konzentrationslager geschleppt. Nach schweren Misshandlungen wurde er am 10. Juli 1934 von Mitgliedern der SS-Wachmannschaft im KZ Oranienburg ermordet. Zensl gelang mithilfe des Britzer Freundeskreises (u.a. Rudolf Rocker, Margarete Kubicka und Lena Reichle) die Flucht. Während sie am 16. Juli 1934 mit dem Nachlass ihres Mannes im Zug nach Prag saß, fand die von ihr durchgesetzte Bestattung von Erich Mühsam auf dem Waldfriedhof in Berlin-Dahlem statt.

⋮ Nun geht es weiter die Straße hinunter bis zur Hausnummer 4, vor der ein Stolperstein im Pflaster liegt.

3 Dörchläuchtingstraße 4 – Bruno Altmann

Im Mai 1934 gab der sozialdemokratische Journalist und Schriftsteller Dr. phil. Bruno Altmann (geb. am 11. Dezember 1878 in Gumbinnen/Ostprien) seinen Wohnsitz in der Dörchläuchtingstraße 4 auf und emigrierte ins tschechische Brunn. Der aus einer jüdischen Familie stammende Altmann trat 1917 der SPD bei und veröffentlichte 1928 gemeinsam mit Paul Kampffmeyer das Buch „Vor dem Sozialistengesetz. Krisenjahre eines Obrigkeitsstaates“ im sozialdemokratischen Verlag „Der Bücherkreis“. Das Buch wurde 1933 von den Nationalsozialisten auf die Liste der verbotenen Bücher gesetzt. Es schildert den Kampf des preußischen Obrigkeitsstaates gegen die Sozialdemokratie und deren Vorgeschichte nach der Niederschlagung der Revolution von 1848. Altmann und Kampffmeyer entkräften darin das Märchen von Unparteilichkeit und Unabhängigkeit von Justiz und Polizei im damaligen Preußen, räumen

gründlich mit der fromm-untertänigen Legende von der sozialen Monarchie auf und arbeiten die wirklichen Grundlinien des Klassenstaates heraus.

Altmann veröffentlichte vor allem im Feuilleton des „Vorwärts“. Darüber hinaus engagierte er sich im Verein zur Abwehr des Antisemitismus, für deren Zeitschrift „Abwehrblätter“ er ebenfalls schrieb. Mit Erich Mühsam verband ihn eine persönliche Freundschaft. So spielte er laut eigener Aussage mit ihm am Abend vor dessen Verhaftung am 27. Februar 1933 mehrere Partien Schach.

In der Emigration verfasste Altmann weiterhin Aufsätze und Artikel, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten. So kritisierte er 1938 in zwei Aufsätzen in der Neuen Weltbühne Martin Heidegger wegen dessen Nähe zum Nationalsozialismus. Bereits ein Jahr vorher hatte er sich in der Exilzeitschrift „Das Wort“ mit dem NS-Pädagogen Alfred Bäumler und dem Nationalisten Willy Helpach auseinandergesetzt. Für die meisten seiner Artikel fand er jedoch keine Publikationsmöglichkeiten mehr. Enttäuscht war er deshalb vor allem von der Exil-SPD, die ihm auch keine finanzielle Hilfe aus der sozialdemokratischen Unterstützungshilfe zubilligte.

Im November 1936 zog er nach Paris, in der Hoffnung, hier größere Chancen auf eine Erwerbstätigkeit zu erhalten. Doch auch dort veränderte sich seine finanzielle Situation nicht, regelmäßige Einkünfte blieben aus. 1940 wurde Altmann in das Internierungslager Gurs deportiert. Aus den Deportationslisten geht hervor, dass Altmann am 26. Februar 1943 von Gurs über das Durchgangslager Drancy in das Vernichtungslager Majdanek überführt wurde. Hier wurde Bruno Altmann im Alter von 64 Jahre ermordet. Der Stolperstein wurde am 26. November 2018 von Schüler*innen des Geschichtsleistungskurses des Albert-Einstein-Gymnasiums mit Unterstützung der Neuköllner Falken verlegt.

⋮ Durch den Häuserdurchgang auf der anderen Straßenseite des Lowise-Reuter-Rings gelangt man auf einem Fußweg in die hufeisenförmige Hauptanlage der Siedlung.

4 Hufeisenrundweg

Der offizielle Name der Hufeisensiedlung lautete zunächst – zusammen mit der gleichzeitig erbauten Krugpfuhsiedlung – Großsiedlung Britz und später Fritz-Reuter-Stadt. Sie gilt als wegweisend im sozialen Wohnungsbau und als das Vorzeigeprojekt des Neuen Bauens in Berlin. Der Architekt Bruno Taut wollte eine Siedlung für die kleinen Leute, die aus den mehrfachen Berliner Hinterhöfen an die frische Luft geholt werden sollten. Die Wohnungsbaugesellschaft GEHAG machte Bruno Taut zum Chefarchitekten. Verantwortlich für die Bauausführung war Dr. Martin Wagner, damaliger Berliner Stadtbaurat. Gartenarchitekten waren Leberrecht Migge und der Neuköllner Gartenamtsleiter Ottokar Wagler.

Die hufeisenförmige Wohnanlage ist der Hauptbau der Siedlung. Das Gebäude hat einen Umfang von 360 Metern und besteht aus insgesamt 32 gleichartigen dreigeschossigen Hauseinheiten. Vom Hufeisen abgehend bilden einzelne Straßenzellen die weitere Siedlung. Die Straßenbenennungen erfolgten nach dem niederdeutschen Heimatdichter Fritz Reuter, seiner Ehefrau Lowise sowie nach Figuren und Orten aus seinen Büchern, z.B. Paster Behrens, Onkel Bräsig, Hanne Nüte, Lining und Mining. Mit dem Bau der Hufeisensiedlung wurde in Deutschland die Phase des Großsiedlungsbaus eingeleitet. Es war die erste deutsche Siedlung mit über 1.000 Wohnungen. Die Wohnungen wurden aus Kostengründen in Serienfertigung auf einer Baustelle errichtet, in der Schienen, Loren und Großkräne zum Einsatz kamen. Bruno Taut hatte – für die damalige Zeit eine Revolution – kräftige Farben beabsichtigt: „Die Farben sollen Wärme geben!“ Seit 1958 steht die Hufeisensiedlung unter Denkmalschutz. Am 7. Juli 2008 erklärte die UNESCO die Hufeisensiedlung sowie fünf anderer Berliner „Wohnsiedlungen der Moderne“ zum Weltkulturerbe.

⋮ An der nächsten Biegung des Fußweges gelangt man links unter dem Hufeisengebäude hindurch wieder hinaus aus der Innenanlage und über den Lowise-Reuter-Ring in den Hüsung. Bald ist links die Hausnummer 19 erreicht.

5 Hüsung 19 – Büro der NSDAP-Ortsgruppe Britz von 1933 bis 1945

Gleich nach ihrem Machtantritt gingen die Nationalsozialisten daran, das linke Milieu in der Siedlung zu zerbrechen. Zu diesem Zweck wurde die GEHAG in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert. Die Nazis entließen nicht nur die sozialdemokratischen Funktionäre der GEHAG, sondern tauschten auch einen Großteil der Angestellten und Hauswarte aus. In Verbindung mit den Blockwarten entstand so ein dichtes Netz von linientreuen Parteianhänger*innen. Verstärkt wurde diese systematische Durchdringung mittels Einrichtung von Geschäftsstellen und Niederlassungen fast aller NS-Massenorganisationen, die in nahezu jeder der kleinen Siedlungsstraßen einen Standort besaßen. Bekannte Mitglieder der Arbeiterorganisationen wurden verhaftet oder aus fadenscheinigen Gründen gekündigt. Gleiches geschah ab Mitte 1933 mit jüdischen Bewohner*innen. Die frei werdenden Wohnungen wurden bevorzugt an Parteimitglieder vergeben. In der Onkel-Herse-Straße wurden innerhalb des Jahres 1933 die Mietparteien aus 29 der 49 Häuser vertrieben und durch NS-Mitglieder ersetzt. Auf diese Weise veränderte sich die politische Ausrichtung der Bewohnerschaft. Der bekannteste Nazi-Funktionär, der in die Siedlung zog, war wohl Adolf Eichmann, der von 1935 bis 1937 in der Onkel-Herse-Straße 34 wohnte.

Die NSDAP wählte den Platz ihres Büros im Hüsung 19 bewusst: Galt es doch, die als linke Hochburg bekannte Siedlung nicht nur von sozialistischen Anhängern zu „säubern“, sondern sie auch symbolisch zu besetzen. Die Hüsung stellte in den Plänen Bruno Tauts den Mittelpunkt der Siedlung dar, indem die Straße die Form eines Brandenburger Dorfangers mit der symbolträchtigen Linde erhielt. Die Nationalsozialisten hatten es in der Siedlung schwerer als anderenorts, eine wirklich hegemoniale Stellung zu erobern. Das Parteibüro stellte das Organisationszentrum der lokalen NS-Herrschaftsverwaltung dar. Die Mitgliederzahl stieg mit der Machtübernahme rapide an: Waren 1928 in der Großsiedlung Britz 178 in den verschiedenen NS-Organisationen Mitglied, so waren es 1933 allein in der NSDAP 442 Mitglieder. 1935 stieg die Zahl auf

690 Parteimitglieder und 1940 besaßen 1204 Bewohner*innen ein NSDAP-Parteibuch.

In der Hüsung 19 befand sich nicht nur die Mitgliederkartei der örtlichen NSDAP, sondern auch Karteien über nationalsozialistische Handwerksbetriebe, Ärzt*innen und Geschäftstreibende, für die in der Siedlung öffentlich geworben wurde. Aber es gab auch Listen von politisch unsicheren und jüdischen Personen, gegen die in den NS-Organisationen intrigiert bzw. zum Boykott aufgerufen wurde. Hier wurde entschieden, wer Blockwart oder Zellenleiter, Fähnleinführer oder Frauenschaftsführerin wurde. In der Geschäftsstelle residierte der Ortsgruppenleiter, zunächst Alf Krüger, später Otto Vogt aus der Fritz-Reuter-Allee. Über ihn liefen sowohl die eingehenden Denunziationen über nicht-völkisches Verhalten (z.B. Verweigerung des „Deutschen Grußes“, defätistische Äußerungen usw.), aber auch Anzeigen gegen Parteimitglieder wegen mangelnden Engagements. In diesem Haus fand die Organisation von Schulungen zur NS-Erziehung sowie von Treffen zur Vorbereitung von NS-Feiern und -Ritualen statt, z.B. 1936 die Einweihung der neuen Schule in der Onkel-Bräsig-Straße, der Tag der Volksgemeinschaft am 3. Juni 1934, die Einweihung des Ehrenhains am 4. November 1934, Rosenfeste des Bürgervereins sowie der Gedenk- und Ehrentag der deutschen Mutter am 12. Mai 1935 im Akazienwäldchen.

Auch das Protegieren von Parteigenoss*innen bei der Vergabe von Wohnungen war ein nicht unwichtiger Bestandteil der Parteiarbeit. Allerdings war die Macht von Otto Vogt in der Siedlung dadurch eingeschränkt, dass hier eine Reihe hochrangiger und verdienter Parteigenossen ihre Privilegien für die Umsetzung privater Interessen nutzten. Gegen Ende der NS-Herrschaft oblag es Otto Vogt, in Britz den „Volkssturm“ auszuheben und als Ortsgruppenführung die Leitung dieses letzten Aufgebots zu übernehmen. Verhaftungen von Widerstandskämpfer*innen erfolgten bis zum Ende der Nazierrschaft 1945. Aber trotz vielerlei Bemühungen gelang es den Nationalsozialisten nicht, das linke Milieu vollständig zu zerschlagen. Zahlreiche Stolpersteine und Gedenktafeln erinnern heute an die Widerstandaktivitäten der Bewohner*innen.

Am 24. April 1945 standen schließlich die sowjetischen Soldaten in der Siedlung und beendeten die NS-Herrschaft. Zu diesem Zeitpunkt hatten allerdings viele der NSDAP-Aktivisten schon die Siedlung verlassen und waren untergetaucht. Unmittelbar nach der Befreiung der Siedlung kam es zu Übergriffen gegen einzelne Personen, die sich als fanatische Nationalsozialisten erwiesen hatten. Im Hüsung wurde eine Frau von Siedlungsbewohnern erhängt, die sich als Denunziantin betätigt hatte, im Lowise-Reuter-Ring wurden zwei bekannte NSDAP-Mitglieder erschossen. In den ersten Wochen nach der Befreiung der Siedlung vom Faschismus am 24. April 1945 wurden diejenigen Bewohner*innen, die sich als aktive Nationalsozialisten betätigt hatten, entmietet – soweit sie nicht bereits das Weite gesucht hatten. In die freien Wohnungen wurden aus dem Untergrund und den Lagern zurückkehrende Antifaschist*innen sowie Flüchtlinge und Wohnungslose untergebracht. Organisiert wurden diese Maßnahmen in Abstimmung mit dem sowjetischen Kommandanten vom Antifaschistischen Ausschuss. Dieser hatte das Haus Hüsung 19 am 25. April 1945 mit Zustimmung des sowjetischen Kommandanten übernommen.

⋮ Weitergehendes den Hüsung entlang bis zur Onkel-Bräsig-Straße, die zu überqueren ist.

6 Onkel-Bräsig-Straße 76-78 – Fritz-Karsen-Schule
Für die Hufeisensiedlung war kein Schulgebäude vorgesehen. Bruno Taut hatte für Neukölln ein großes Schulzentrum an der Sonnenallee Ecke Dammweg geplant. In diesem sollten über 3000 Schüler*innen nach modernen Grundsätzen der Reformpädagogik lernen und arbeiten. Dieser Plan wurde aus Finanznot nicht realisiert und die Kinder und Jugendlichen aus der Hufeisen- und der Krugpfuhsiedlung wurden auf mehrere Schulen verteilt: 51./52. Volksschule in der Hannemannstraße, 57./58. Volksschule in der Chausseestraße (heute Alfred-Nobel-Schule am Britzer Damm) und eine Realschule in der Backbergstraße. Um die Schulraumnot einzudämmen, wurden die Baubaracken und Lagerräume, die für den Bau der Hufeisensiedlung an der heutigen Fulhamer Allee errichtet worden waren, zu einer Behelfsschule um-

gewandelt, die im Volksmund Barackenschule genannt wurde. Diese Schule wurde erst 1943 geschlossen, als die Nazis Kinder und Jugendliche aus den vom Bombenkrieg betroffenen Städten in ländliche Regionen evakuierten. Die Gebäude dienten dann bis April 1945 als Zwangsarbeiterlager.

1934 begannen die Bauarbeiten für die Gebäude der Gemischten Gemeindeschule Britz-Nord. Im September 1936 wurde die Schule mit großem Nazi-Pomp feierlich eröffnet. Bereits 1940 wurde der Schulbetrieb jedoch wieder eingestellt. Im Zuge der Umstellung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens auf den Krieg wurde die Infektionsabteilung des Neuköllner Krankenhauses eingelagert. Bis zum Ende des Krieges dienten die Schulgebäude als Behelfskrankenhaus der Neuköllner Klinik. Ein Teil des Personals, auch der Ärzteschaft, bestand aus Zwangsarbeiter*innen, die in der ehemaligen Barackenschule untergebracht waren.



Gemischte Gemeindeschule Britz-Nord (heute: Fritz-Karsen-Schule), 1939

Nach der Befreiung vom Faschismus, die in Britz am 24. April 1945 stattfand, diente das Schulgebäude als Militärlazarett, zunächst der sowjetischen, dann der amerikanischen Armee. Erst 1949 wurde der Schulbetrieb in der nun als 37./38. Schule bezeichneten Bildungsstätte wiederaufgenommen, und zwar auf der Grundlage des Berliner Schulgesetzes von 1947 als Einheitsschule mit 12 aufsteigenden Klassen. Nachdem 1951 eine bürgerliche Mehrheit in West-Berlin mit einer Änderung des Schulgesetzes wieder das

dreigliedrige Schulsystem eingeführt hatte, gelang es aufgrund des gemeinschaftlichen Protests der Schulgemeinschaft, den Charakter als einzige Einheitsschule West-Berlins zu erhalten.

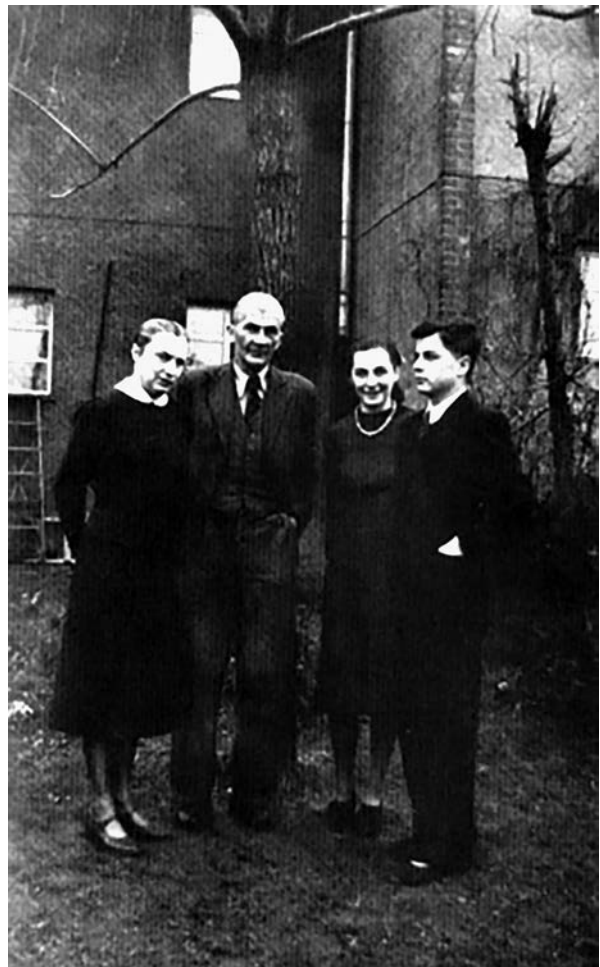
Bis 2008 währte ihr Status, dann setzte sie diese Tradition in Form einer Gemeinschaftsschule fort. Damit entspricht die heutige Schule der ursprünglichen Idee der Siedlung, einem demokratischen, solidarischen und toleranten Miteinander der Bewohner*innen in einer menschenwürdigen Wohnanlage. 1956 wurde die Schule nach Fritz Karsen benannt, einem Schulreformer aus den 1920er-/1930er-Jahren, Leiter der Neuköllner Karl-Marx-Schule, der 1933 vor den Nazis fliehen musste. 1944 nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an. 1951 starb er an einem Gehirnschlag.

⋮ Nun geht es auf derselben Straßenseite weiter Richtung Norden bis zur Hausnummer 46.

7 Onkel-Bräsig-Straße 46 – Stanislaw Kubicki und Margarete Kubicka

Stanislaw Kubicki, geboren am 20. Januar 1889 in Ziegenhain/Hessen, war ein anarchistischer Künstler, der 1934 nach Polen emigrierte und im Juni 1942 in Warschau ermordet wurde. Seine Frau Margarete Kubicka, geboren am 18. Juli 1891, war ebenfalls anarchistische Künstlerin und Pädagogin und verstarb an ihrem dreiundneunzigsten Geburtstag in Berlin. Mit Erich Mühsam verkehrten beide vor ihrem Einzug in das Haus im Jahr 1927 bereits in der Berliner Bohèmeszene. Die Kubickis gehörten zum engen Kreis der Mitbegründer*innen der deutsch-polnischen Expressionistengruppe „Bunt“ (Revolte) und der linkskommunistischen Künstlergruppe „Kommune“.

Nach Mühsams Verhaftung fanden bei den Kubickis mehrere Hausdurchsuchungen statt. Dessen Schicksal vor Augen emigrierte Stanislaw Kubicki im Spätsommer 1934 nach Polen, wo er sich 1940 dem polnischen Widerstand anschloss. 1941 wurde er von der Gestapo verhaftet und im Juni 1942 in Warschau hingerichtet. Am 29. November 2013 initiierte die Klasse 9c der Alfred-Nobel-Realschule die Verlegung eines Stol-



Familie Kubicki, 1941

persteins für ihn. Margarete Kubicka entschied sich gegen die Emigration und blieb in Britz zurück. Mit ihrer Stellung als Kunst- und Sportlehrerin versorgte sie die beiden Kinder. Während der Nazizeit stellte sie nicht nur ihre Wohnung verfolgten Künstlern wie Raoul Hausmann als Quartier zur Verfügung und verbarg Kunstwerke und Zeitschriften vor dem Zugriff der Nazis, sondern gründete auch eine antifaschistische Gruppe, die die polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter*innen in der Siedlung unterstützte.

Nach Kriegsende wurde Margarete Kubicka von dem sowjetischen Kommandanten aufgrund ihrer antifaschistischen Haltung zur ersten Schulpflicht von Britz, Buckow und Rudow ernannt. Dieses Amt gab sie jedoch bereits im Juli 1945 mit der Übergabe von

Neukölln an die amerikanische Besatzungsmacht auf und arbeitete weiter als Lehrerin. Mit der Pensionierung im Jahr 1956 überließ sie das Haus in der Hufeisensiedlung ihrem Sohn und zog an den Hohenzollerndamm. Künstlerisch setzte sie sich in der Nachkriegszeit mit der Gefahr des Antisemitismus und der Bedrohung der Umwelt durch die auf reines Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik der Bundesrepublik auseinander. Am 2. September 2020 wurde die Britzer Stadteilbibliothek auf Anregung der Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ offiziell in „Margarete-Kubicka-Bibliothek“ umbenannt.

Und weiter geht es die Onkel-Bräsig-Straße entlang, bis zur Ecke Stavenhagener Straße.

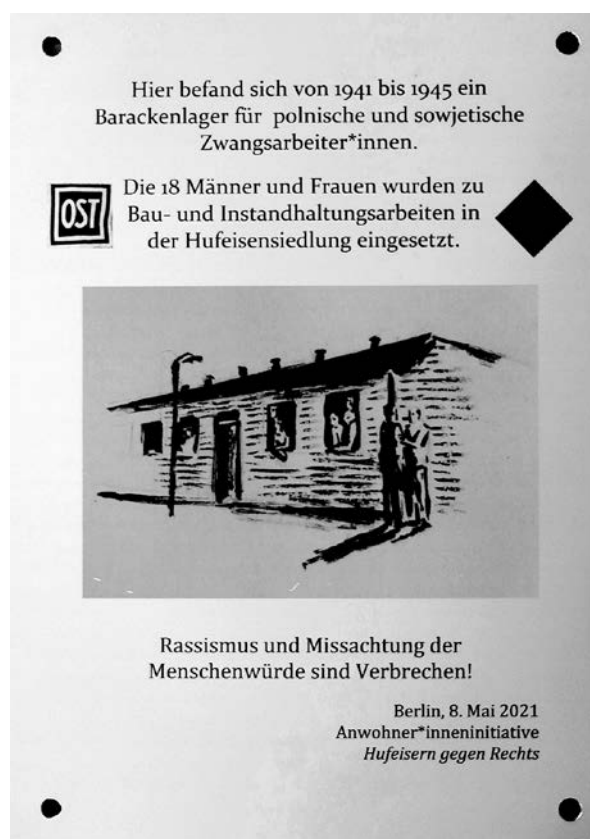
8 Onkel-Bräsig-Straße 6-8 – Zwangsarbeiterlager

Auch für die Hufeisensiedlung gilt, dass das Thema Zwangsarbeit während der NS-Zeit lange Zeit verdrängt wurde. In der Umgebung der Siedlung gab es mehr als zehn große Lager, in denen aus vielen, von der Wehrmacht besetzten Ländern deportierte Menschen untergebracht waren und für die Industrie und die öffentliche Infrastruktur Zwangsarbeit leisteten. In der Siedlung selbst gab es nur zwei kleine Lager sowie einzelne Menschen, die in Privathaushalten und kleinen Gewerbebetrieben als Zwangsarbeiter*innen tätig waren. Eines der beiden Lager befand sich in der Onkel-Bräsig-Straße 6-8, wo sich heute eine Garagenanlage befindet.

Kaum ein/e Anwohner*in konnte oder wollte sich an die Menschen aus Polen und der Sowjetunion erinnern, die hier unter unwürdigen Bedingungen in einer Baracke untergebracht waren. Und doch muss sie zwischen 1941 und 1945 jede/r gesehen haben. Täglich zogen die 18 polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter*innen durch die Siedlung, um Straßen und Plätze zu reinigen, Reparaturarbeiten in den Häusern durchzuführen oder Kriegsschäden zu beseitigen. Mangelhafte Ernährung, katastrophale hygienische Zustände, lange Arbeitszeiten und der Verlust nahezu jeglicher Privatsphäre bestimmte das Leben dieser Men-

schen. Lediglich der Sonntag war arbeitsfrei und stand zum Verlassen der Siedlung theoretisch zur Verfügung. Doch das Verbot des Besuchs von Gaststätten, Kinos, Parkanlagen und Sportstätten sowie der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fahrrädern reduzierte den Bewegungsspielraum weitgehend auf das Lagergelände und die unmittelbare Umgebung. Oft nutzten die Zwangsarbeiter*innen auch ihren arbeitsfreien Tag, um durch Garten- oder andere Hilfsarbeiten bei Privatpersonen ihre karge Verpflegung aufzubessern oder etwas Geld zu verdienen.

Die Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ hat am 8. Mai 2021 eine temporäre Gedenktafel enthüllt. Eine ständige Gedenktafel ist geplant.



Temporäre Gedenktafel für das Barackenlager

Und immer noch auf derselben Straßenseite geht es einige Grundstücke weiter, fast ganz bis zur Blaschkoallee.

9 Onkel-Bräsig-Straße 2 – Mahnmal für die Opfer der Kriege und jeglicher Gewaltherrschaft

Im Zentrum des Mahnmals steht ein 15 Tonnen schwerer Findling, der 1926 bei Ausschachtungsarbeiten in der Lauterberger Straße gefunden wurde. Der deutsch-national ausgerichtete Britzer Bürgerverein hatte den Plan, ihn für ein Ehrenmal für die Gefallenen im Ersten Weltkrieg am Rande der Hufeisensiedlung zu verwenden. Doch im Rahmen der Realisierung zogen die Nationalsozialisten Anfang 1934 das Vorhaben an sich. Die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung (NSKOV), eine der NSDAP angeschlossene Wohlfahrts-einrichtung für Weltkriegsteilnehmer, übernahm die Errichtung. Am 4. November 1934 wurde das Denkmal als „Ehrenhain der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung“ feierlich eingeweiht. Der Findling trug die Inschrift: „Den Kämpfern zur Ehre / Der Jugend zur Lehre.“ Umrahmt wurde der Findling von einem Kranz aus Steinen mit acht viereckigen Säulen, auf denen Flammenschalen installiert waren. Auf dem Findling befand sich eine Adlerskulptur. In der Nachkriegszeit drohte der Anlage der Verfall, bis Ende der 1950er-Jahre der Britzer Bürgerverein eine Initiative zur Rettung des Mahnmals ergriff. Das Mahnmal wurde in die heutige Form umgestaltet. 1979 erhielt der Findling eine andere Inschrift, die dem Denkmal einen neuen Charakter verleihen sollte. Aus der nationalen Heldenverehrung und der geschichtsverzerrenden Glorifizierung des Ersten Weltkrieges sollte das veränderte Mahnmal nun als Gedenkort für alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ohne nationale Beschränkung dienen. Entsprechend dieser Intention lautet die neue Inschrift: „– Zur Mahnung – / Den Opfern der Kriege und jeglicher Gewaltherrschaft“.

Jetzt geht es zurück bis zur Stavenhagener Straße und, dieser folgend, bis zur Liningstraße, wo die Hausnummer 12 auf der rechten Seite den nächsten Haltepunkt darstellt.

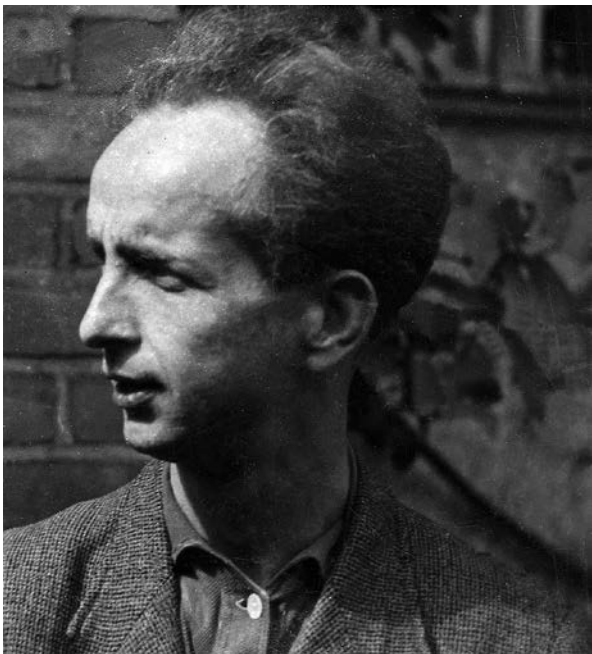
10 Liningstraße 12 – Franz Lange

Der Bauarbeiter Franz Lange (geboren am 18. Dezember 1904 in Berlin) zog gemeinsam mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern 1937 nach Britz in dieses

Haus in der Hufeisensiedlung. Zwei Haftstrafen hatte das KPD-Mitglied aufgrund seiner antifaschistischen Tätigkeit bereits hinter sich. 1943 kam er in Kontakt mit Anton Saefkow, den er noch aus Zeiten der Weimarer Republik kannte. Als durch einen eingeschleusten Gestapo-Spitzel dessen Widerstandsorganisation verraten wurde, gehörte Franz Lange nicht zu den 284 Mitgliedern, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 von der Gestapo festgenommen wurden. Weil sein Name weder bei den Verhören noch während der Prozesse genannt wurde, konnte Lange bald danach erneut Kontakt mit anderen verbliebenen Mitgliedern der Widerstandsgruppe aufnehmen. Mit seinem Vater und anderen Untergetauchten verbreitete er im März 1945 in Neukölln und Lichtenberg ein Flugblatt, in dem zum aktiven Widerstand gegen die Verteidigungsvorbereitung in Berlin aufgerufen wurde. Am 9. April 1945 wurde Franz Lange beim Auslegen einiger Exemplare verhaftet und in das schon halb zerstörte Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße 8 eingeliefert. Trotz „verschärfter“ Vernehmungen gab Franz Lange keine Namen oder Verbindungen preis. Ein Standgericht verurteilte ihn zum Tode. Kurz vor der Hinrichtung befreite die Rote Armee Franz Lange am 1. Mai 1945 aus der Todeszelle.

Nach Britz zurückgekehrt, wurde er am 2. Mai von den Mitgliedern des Antifaschistischen Ausschusses zum Leiter gewählt. Einen Tag später ernannte der sowjetische Kommandant Franz Lange zum ersten Bürgermeister von Britz. Eine der ersten Aktivitäten bestand in der Entnazifizierung der Einwohnerschaft, die von den Britzer Antifaschisten mit großer Sorgfalt betrieben wurde. Das Verzeichnis der Britzer NSDAP-Mitglieder wurde nach Aktivisten, SS-, SD- und Gestapo-Mitgliedern sortiert. Konsequenz wurden deren Wohnungen beschlagnahmt und an Geflüchtete, Ausgebombte oder aus den Lagern Zurückkehrende vergeben. Andererseits wurden NSDAP-Mitglieder, die nicht durch Denunziation oder andere faschistische Aktivitäten aufgefallen waren, als nominelle Nazis eingestuft und nicht weiter zur Rechenschaft gezogen.

Neben der Verfolgung untergetauchter Nazi-Funktionäre bestand die Aufgabe des Antifa-Komitees vor



Franz Lange

allem in der Versorgung der Britzer Bevölkerung mit Wohnungen, Lebensmitteln und Kleidung sowie eine provisorische Instandsetzung der Strom- und Wasserversorgung und des Verkehrswesens. Die medizinische Versorgung war zusammengebrochen, ebenso die Müllabfuhr. Auch der Aufbau einer öffentlichen Verwaltung wurde in die Wege geleitet. Am 4. Mai, also etwas mehr als eine Woche nach der Befreiung von Britz, berief Franz Lange eine Bürgerversammlung im Gebäude des Straßenbahndepots in der Gradestraße ein, auf der mit Zustimmung des sowjetischen Kommandanten Vertrauenspersonen für einzelne Straßen und Blocks berufen wurden, die die Nöte und Wünsche der Bevölkerung an den Bürgermeister und den Antifa-Ausschuss weiterleiten sollten. Natürlich waren ihren Einflussmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt. Ohne die Zustimmung des sowjetischen Kommandanten besaßen sie keine Handlungsbefugnisse. Vor allem bei Beschwerden über das Verhalten sowjetischer Soldaten waren sie mehr oder weniger in die Rolle des Bittstellers gedrängt. Doch laut Aussage des Sozialdemokraten Eberhardt Grashoff fanden sie bei dem russischen Kommandanten, einem deutschstämmigen Juden, in vielen Fällen ein offenes Ohr. Trotzdem kam

es zu Diebstahl und sexuellen Übergriffen von Seiten der sowjetischen Soldaten, wie der Kommunist Willi Engels berichtet. Mit der Übernahme der Zuständigkeit durch die Amerikaner wurde dieses System der Straßen- und Blockobleute wieder beseitigt und die Bedeutung der Stadtteilbürgermeister zugunsten der Bezirksverwaltung für Gesamtneukölln zurückgedrängt und schließlich ganz abgeschafft. Franz Lange kandidierte 1946 für die KPD/SED zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung und wurde Vorsitzender der KPD-Fraktion. Im Zuge des aufkommenden „Kalten Krieges“ siedelte Franz Lange nach Ost-Berlin um. Nach Besuch der Parteihochschule „Karl Marx“ im Jahre 1950 übernahm er verschiedene Funktionen im Außenhandelsministerium der DDR. 1977 trat er in den Ruhestand, den er in Köpenick bis zu seinem Tod am 27. Oktober 1985 verlebte.

⋮ Die Liningstraße weiter entlang bis zum Ende ist es dann links nicht mehr weit bis zur letzten Station.

11 Fritz-Reuter-Allee 44 – Info-Station

Zum Abschluss des Rundganges bietet sich ein Besuch der von Ehrenamtlichen geführten, freitags und sonntags geöffneten Info-Station an, in der neben Kaffee und Kuchen auch umfangreiche Literatur über die Hufeisensiedlung ausliegt.

⋮ Von hier aus gelangt man links die Fritz-Reuter-Allee entlang zur U7-Station Blaschkoallee oder rechts zurück zum Bahnhof Parchimer Allee.

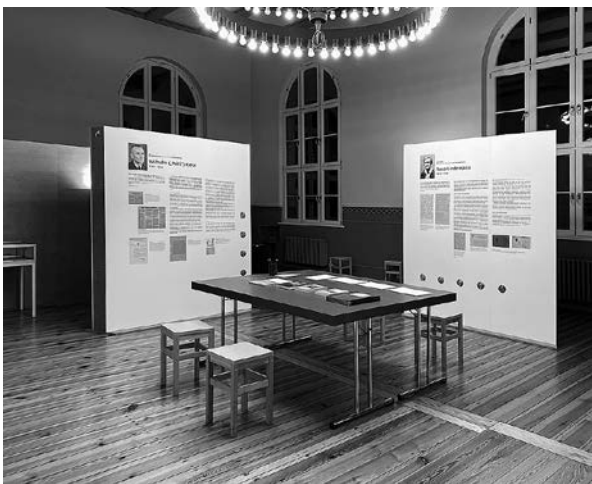
Andreas Schmidt und Jürgen Schulte

Andreas Schmidt ist Mitglied im Aktiven Museum.

Jürgen Schulte gehört der Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ an.

AUFBRUCH UND VERFOLGUNG. KOMMUNALPOLITIKER*INNEN 1920–1945

Rede zur Eröffnung der Werkstattausstellung
über Abgeordnete in Mitte, Tiergarten und
Wedding am 8. Dezember 2022 im Mitte Museum



Der Begriff „Werkstatt“ beschreibt eine Spurensuche und dem komplexen Thema angepasste, flexible Arbeitsprozesse. Das bezieht sich sowohl auf die Rekonstruktionen von Lebensgeschichten als auch auf allgemeine Fragestellungen. Im Vorfeld der Werkstattausstellung haben wir bereits zwei Werkstattgespräche veranstaltet. Dort ging es um die lokalen Parlamente und ihre Strukturen, um die Fragilität der demokratischen Gesellschaft, aber auch um die Verfolgung der Abgeordneten. Den Nationalsozialisten waren die Weimarer Republik und ihre Vertreter*innen verhasst, von denen die meisten den linken Parteien angehörten. Aus der Prämisse der Verfolgung von Demokrat*innen folgte als Eingangsfrage: Wer überhaupt engagierte sich 1920 bis 1933 für eine demokratische Gesellschaft?

1920 wurde mit dem „Groß-Berlin-Gesetz“ eine grundlegende Verwaltungsreform durchgeführt. Die Bezirke wurden neu eingeteilt und erhielten eigene

Bezirksversammlungen und Bezirksamter. Jede der Bezirksversammlungen Mitte, Tiergarten und Wedding bestand aus 45 Bezirksverordneten, etwa 20 Stadtverordneten (diese Zahl schwankte) und dem Bezirksamt.

Die Wahlen fanden gleichzeitig mit den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Es waren allgemeine, gleiche und freie Wahlen – seit 1918 besaßen Frauen und Männer das aktive und passive Wahlrecht. Die Kandidat*innenlisten wurden von den Parteien eingereicht. Diese parlamentarischen Abgeordneten sind auf dem Lesetisch in Bezirksmappen mit Namen, Parteizugehörigkeit, Wohnadressen, Beruf und Funktionen in der Bezirkspolitik aufgelistet – soweit dies aus zeitgenössischen Quellen wie Gemeindeblättern und Amtsblättern zusammengestellt werden konnte. Solche Übersichten gab es bislang für die betreffenden Bezirke nicht.

Diese Zusammenstellungen bedeuten nicht, dass alle dort erwähnten demokratischen Vertreter*innen später verfolgt waren. Aber sie eröffnen eine quantitativ breite Basis für weitere Recherchen, um offen den Fragen nachzugehen: Wer war in der NS-Zeit verfolgt? Welche Spuren lassen sich bis heute finden?

Wann jemand verfolgt war, lässt sich nicht immer eindeutig beantworten. Daher ist der Begriff weit gefasst und muss immer wieder reflektiert werden. Diesen Ansatz der sachlichen Dokumentation formulierte Christine Fischer-Defoy bereits 2006 in der Einleitung des Bandes „Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945“, um Leser*innen zur Auseinandersetzung mit dem Begriff Verfolgung und zur Empathie mit den Opfern anzuregen.

Für die Werkstattausstellung haben wir eine Auswahl von drei Biografien getroffen. Sie ist nicht repräsentativ, sondern zeichnet individuelle Biografien nach, die unterschiedlich und zum Teil auch widersprüchlich sind, aber auch manche Gemeinsamkeit aufweisen. Die Drei – Willi Riese in Mitte, Rosa Lindemann in Tiergarten und Fritz Hausberg in Wedding – gehörten

unterschiedlichen Parteien an, der SPD, der KPD und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei. Alle waren sie sowohl Stadt- als auch Bezirksverordnete, und alle Drei haben die Verfolgung überlebt. Verweise auf Lebensgeschichten, in denen Emigration, Haftstrafen, Deportationen und rassistische Verfolgungen prägend waren, lassen sich in der Werkstattausstellung auf anderen als diesen drei biografischen Tafeln finden. Dort werden beispielsweise Hugo Heimann und Käte Frankenthal erwähnt, denen die Emigration gelang, oder Röschen Wollstein und Martha Wygodzinski, die die Nationalsozialisten wegen ihrer jüdischen Herkunft deportierten und ermordeten.

Ein weiterer Aspekt, der besondere Aufmerksamkeit verdient, ist der lokale Bezug: Die lokale Demokratiegeschichte gewinnt in Wissenschaft und Öffentlichkeit zunehmend an Aufmerksamkeit. Sie wird nicht einfach als in die Region heruntergebrochene allgemeine Politik wahrgenommen, sondern als durchaus eigenständiges Thema mit verschiedenen Eigenheiten.

Als ein Beispiel sei hier das Wahlverhalten in Wedding erwähnt, wo die linken Parteien im Vergleich zu anderen Bezirken oder der Stadt Berlin überdurchschnittlich stark vertreten waren. Der Bezirk Tiergarten dagegen war geprägt durch ein großbürgerliches Milieu, wobei auch das industriell geprägte Moabit dazu gehörte.

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ oder die Verfolgungsmaßnahmen im Rahmen der „Aktion Gewitter“ 1944 gegen ehemalige, demokratische gewählte Abgeordnete (nicht nur im Reichstag und in den Landtagen, sondern eben auch in den regionalen Parlamenten) sind auf die spezifische lokale Situation hin zu befragen. Rosa Lindemann war in Moabit ausgebombt und nach Falkensee verzogen, die in Mitte lebende Hilde Radusch, im Vorfeld gewarnt, flüchtete mit ihrer Lebensgefährtin in ihre Laube nach Prieros, Wilhelmine Weide wurde in ihrer Weddinger Wohnung von der Gestapo abgeholt.

Im Mikrokosmos des lokalen Raums lassen sich demokratische Prozesse und institutionelle Strukturen,

die politische Fragilität, die Zerstörung der Weimarer Republik und die Verfolgung von Abgeordneten wie unter einem Brennglas betrachten und untersuchen, ohne – und das möchte ich betonen – den Blick über den räumlichen Tellerrand zu vernachlässigen.

Kurz vor der Eröffnung stellte mein Kollege Stefan Wunsch, der gemeinsam mit Jonas Hartmann, Thomas Irmer, Kaspar Nürnberg, Sigrid Schulze und mir die Ausstellungsarbeitsgruppe bildete, die Frage, ob die Aula mit Absicht als Ausstellungsraum gewählt worden war. Er hatte nämlich den Hinweis gefunden, dass in jenem Raum des heutigen Mitte Museums 1920 die konstituierende Sitzung der Bezirksversammlung Wedding stattfand. Eine erneute Sichtung des Gemeindeblattes bestätigte dann gar, dass „bis auf weiteres“ Sitzungen der Bezirksversammlungen hier tagten. Für das Bezirksamt und die Ausschusssitzungen waren im Erdgeschoss ebenfalls Schulräume vorhanden und bereitgestellt. Fehlten in Bezirken Rathäuser, wurden – auch in anderen Berliner Bezirken – Schulräume für parlamentarische Sitzungen genutzt. Was für ein schöner und besonderer Zufall, just in diesem Raum die Ausstellung zu präsentieren.

Heike Stange

*Heike Stange, Ausstellungsmacherin und Autorin, seit 1991
Mitarbeit an Projekten des Aktiven Museums.*

*Die von Petra Müller, museumsfreunde gestaltete Ausstellung,
eine Kooperation des Mitte Museums mit dem Aktiven Museum,
ist noch bis zum 5. März 2023 sonntags bis freitags von 10 bis
18 Uhr im Mitte Museum, Pankstraße 47, 13357 Berlin zu
sehen.*

DEUTSCHE TÜRKEI-EXILANTEN UND TÜRKISCHES HOLOCAUSTGEDENKEN



Seit dem Jahre 2000 wandert die Ausstellung „Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945“ des Aktiven Museums mit großem Erfolg durch Deutschland. Der Ausstellungskatalog ist eine Fundgrube für alle an Zeitgeschichte sowie an Hintergründen und Lebenswegen einzelner Türkei-Exilanten¹ Interessierten. Mein Interesse am Thema weckten Begegnungen mit ehemaligen türkischen Assistenten und Studenten deutscher Wissenschaftsexilanten auf meinem früheren diplomatischen Dienstposten in Ankara, sowie Diskussionsabende mit Juristen und Medizinern im Generalkonsulat Istanbul. Das Wirken deutscher Exilanten außerhalb ihrer beruflichen Aktivitäten sowie deren Rolle im Rahmen der türkischen Gedenkpolitik zum Holocaust möchte ich in diesem Text in den Blick nehmen.²

Ab ihrer Republikgründung im Jahre 1923 stand die Türkei ganz im Zeichen einer Modernisierungspolitik nach westlichem Vorbild. Zehn Jahre nach ihrer Gründung startete Staatspräsident Kemal Atatürk eine Hochschulreform, für die er westlich ausgebildete

Dozenten und Spezialisten benötigte. Mit der Suche beauftragte er seinen Erziehungsminister, den Mediziner Reşit Galip. Die Entwicklungen im deutschen NS-Staat kamen ihm zugute: Weniger als drei Monate nach Beginn des Hitler-Regimes war in Berlin das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen worden. Es ermöglichte den nationalsozialistischen Machthabern, jüdische und politisch missliebige Staatsbedienstete aus ihren Anstellungen zu entfernen.

Der Pathologe Philipp Schwartz, von der Universität Frankfurt suspendiert, gründete in Zürich nach nur wenigen Monaten die „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“. Schon kurz nach ihrer Gründung erhielt er eine Anfrage aus der Türkei und konnte bereits im Sommer 1933 mit Reşit Galip Anstellungsverträge abschließen. Zum Lehrpersonal der Mitte November 1933 neu eröffneten „Istanbul Üniversitesi“ gehörten 28 deutsche Professoren. Acht von ihnen leiteten eines der 12 medizinischen Institute der Universität. Zu ihnen zählte Wilhelm Liepmann, der entlassene Leiter der Berliner Frauenklinik Cecilienhaus, ebenso wie Karl Löwenthal, der Direktor der pathologisch-anatomischen Abteilung des Krankenhauses Berlin-Lichtenberg, und der Chirurg Rudolf Nissen, der seine Oberarztstelle an der Charité verloren hatte.³

August Laqueur, dem Chefarzt für Physiotherapie am Berliner Rudolf-Virchow-Krankenhaus, gelang es nach Verlust seiner Stelle, an das Musterkrankenhaus in die türkische Hauptstadt Ankara berufen zu werden. Seine Tochter Marianne, ausgebildete Fremdsprachenkorrespondentin, betreute ab Kriegsbeginn in Ankara das Büro der Jewish Agency (JA), der Vertretung der Juden in Palästina. Deren Türkeivertreter Chaim Barlas setzte sich schwerpunktmäßig in Istanbul für das Los jüdischer Flüchtlinge aus Südosteuropa auf dem Weg nach Palästina ein.

Den Exilmedizinern kam für ihre außerdienstlichen Aktivitäten zustatten, dass ihre Anstellungsverträge auch die Behandlung von türkischen Politikern und deren Familien vorsahen. Das schnell erworbene fachliche Ansehen nutzten auch der ehemalige Leiter der

Düsseldorfer Kinderklinik Albert Eckstein und seine Frau Erna, sowie der aus Freiburg emigrierte Dermatologe Alfred Marchionini für ihre „Patienten-Diplomatie“. So vermittelte Albert Eckstein JA-Vertretern für ihre Transitanliegen Termine bei türkischen Politikern und setzte sich im Jahre 1940 bei Ministerpräsident Refik Saydam erfolgreich zugunsten des Transits eines Transports mit 120 jüdischen Kindern aus Schweden nach Palästina ein.⁴



Kinderklinik in Ankara, 1958, Foto: Erna Eckstein

Anfang August 1944 drängte der Abbruch der türkisch-deutschen Beziehungen verschiedene Exilanten zu weiteren außerberuflichen Tätigkeiten. Die türkischen Behörden ließen nur wenige Tage verstreichen, ehe sie die Inhaber deutscher Pässe aufforderten, das Land innerhalb einer Woche zu verlassen. Knapp 700 Deutsche entschieden sich so bis Mitte August 1944 zur Rückkehr ins Deutsche Reich, kaum weniger zum Verbleib in der Türkei. Die Exilanten stellten verständlicherweise den Großteil der Rückkehrverweigerer. Von Plänen der türkischen Geheimpolizei zur Zwangsdeportation der nicht Rückkehrwilligen hatte Alexander Rüstow Kenntnis erhalten. Als Dozent an der Handelshochschule in Berlin 1933 entlassen, hatte er im selben Jahr an der Universität Istanbul einen Ökonomielehrstuhl übernommen. Er machte Leon Dennen, den Vertreter der gewerkschaftlichen US-Hilfsorganisation IRRC in der Türkei, auf die bedrohliche Lage der NS-Gegner aufmerksam, der wiederum den US-Botschafter Laurence Steinhardt verständigte. Die Ausweisung konnte verhindert werden, nicht aber die umgehende

Internierung von 465 Deutschen und Österreichern bis z.T. Ende des Jahres 1945 in unwirtlichen Orten Zentralanatoliens.

Die Bedingungen für die Internierten waren schwierig: In den abgeschiedenen Orten mangelte es an Nahrungsmitteln, Winterkleidung und Medikamenten. Zur Unterstützung von rund 100 Personen aus dem Kreis der Exilanten gründeten Dennen und Rüstow in Ankara und Istanbul Unterkomitees des IRRC. In Istanbul waren Alexander Rüstow und Philipp Schwartz die Hauptverantwortlichen, in Ankara der Assyriologe Benno Landsberger und das Ehepaar Eckstein. Sie gewannen ein gutes Dutzend weiterer Exilanten zur Mitarbeit. Versorgungsfahrten waren offiziell untersagt. Dennoch war es der Kinderärztin Erna Eckstein dank ihrer guten Kontakte zu Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Şakir Kesebir möglich, die Internierten regelmäßig mit Geld und Medikamenten zu versorgen.

Mit Erfolg forderte Dennen auch Ernst Reuter zur Mitarbeit auf. Dieser leitete in Ankara nach seiner Emigration im Sommer 1935 seit 1940 das Institut für Kommunalwissenschaften an der Hochschule für Politik. In türkischen Universitätsdiensten stehend, konnte Reuter dem Zwangsaufenthalt in Zentralanatolien entgehen. Bereits vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen hatte er sich auch für jüdische Flüchtlinge eingesetzt. Es ging ihm nach seinen Aussagen darum, „durch laufende Unterstützungen, sei es durch Beschaffung von Arbeit, sei es, und das kam vor allem in Frage, beim Weiterreisen Hilfe zu leisten.“⁵ Diese benötigten besonders Juden vom Balkan auf ihrem Fluchtweg über die Türkei nach Palästina. Noch bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland im Herbst 1946 wirkte Reuter für das IRRC.

Teil der offiziellen türkischen Erinnerungskultur und Gedenkpolitik waren und sind bis heute weniger die dienstlichen und außerdienstlichen Leistungen der deutschen Exilanten als die Tatsache, dass sie überhaupt in der Türkei Aufnahme gefunden hatten. So betonte Kultur- und Tourismus-Minister Mehmet Nuri Ersoy in einer Botschaft am Holocaustgedenktag 2021, dass

die „Aufnahme vieler vor dem Nationalsozialismus geflohener Wissenschaftler und Künstler in Übereinstimmung mit unserem von nationalen und moralischen Werten gespeisten Humanitätsverständnis [...] erfolgte.“⁶ Einige Jahre zuvor zeigte sich dieses Verständnis noch deutlicher in dem Dokumentarfilm *Desperate Hours*, der im Jahre 2001 hergestellt, mehrfach auf internationalen Konferenzen vorgeführt und vielfach ausgezeichnet wurde.

Für den Film wird mit dem Republikgründer Kemal Atatürk und einer Türkei geworben, welche jüdische Wissenschaftler zur Erneuerung der Hochschulen rekrutierte und somit „die talentierten Elite-Männer und -Frauen, die Hitler und Nazi-Deutschland zur Deportation in Todeslager freigegeben hatten, retteten.“⁷ Das deutsche „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 brachte beamtete Juden und politische Regimegegner zwar um ihre berufliche Existenz. Auch wurde z.B. Ernst Reuter, wiewohl „arisch“, in den Jahren 1933 und 1934 ohne Prozess für mehrere Monate im Konzentrationslager Lichtenburg misshandelt. Die Deportation in Vernichtungslager drohte indessen keinem der Wissenschaftsexilanten, als er oder sie in der Türkei Aufnahme fanden.

Ausführlicher noch wird in *Desperate Hours* in Wort und Bild über dramatische Rettungsaktionen türkischer Diplomaten und ihrer Regierung zugunsten von türkischstämmigen Juden in Frankreich berichtet. Die ausgiebige Prüfung von Yad Vashem hat dagegen erbracht, dass keine der geschilderten Aktionen türkischer Diplomaten deren Kriterien zur Verleihung einer Urkunde als „Gerechter unter den Völkern“ entspricht. Zudem wiesen Historiker in ausführlichen Studien nach, dass die türkische Regierung nur einer geringen Zahl der über 10.000 türkischstämmigen Juden in Frankreich die Rückkehr in ihre oder die Heimat ihrer Vorfahren ermöglichte.⁸ Diese Erkenntnisse ignorierte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu bei einem Besuch in der Gedenkstätte Yad Vashem im Mai 2022. In seinem Eintrag im Gedenkbuch würdigt er Aktionen türkischer Diplomaten, die „das Leben vieler Juden unter Einsatz ihres eigenen Lebens gerettet haben.“⁹

Am 27. Januar 2011 beging die Türkei erstmals den „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“. Seitdem vermitteln offizielle türkische Erklärungen den Eindruck einer Gedenkpolitik, welche bemüht ist, vermeintlich ehrbare und heroische Handlungen als Schutzschild zur Ablenkung von negativen Ereignissen in der Vergangenheit und Gegenwart einzusetzen. Genozidforscher erkennen in der Türkei eine ausgeprägte Entschlossenheit, durch die Anerkennung des Holocaust den Völkermord an den Armeniern im Interesse einer performativen Gewissensreinigung zu leugnen.¹⁰

Reiner Möckelmann

Reiner Möckelmann, Mitglied im Aktiven Museum, war an der Deutschen Botschaft Ankara (1992–1996) und als Generalkonsul in Istanbul (2003–2006) tätig. 2013 veröffentlichte er „Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin“, 2016 erschien über dessen Kontrahenten, den NS-Botschafter in der Türkei, „Franz von Papen. Hitlers ewiger Vasall“. Beide Monografien liegen auch in türkischer Sprache vor.

1) Meinen Text habe ich – auch hinsichtlich der „Geschlechtergerechten Schreibung“ – nach den Regeln des Rats für deutsche Rechtschreibung formuliert.

2) Im Frühjahr 2023 erscheint viel ausführlicher dazu mein Buch „Transit Istanbul-Palästina. Juden auf der Flucht aus Südosteuropa“ in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt.

3) siehe Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums Nr. 43 vom Mai 2000 sowie die im Vereinsarchiv befindliche Liste der Exilantinnen und Exilanten sowie NS-Verfolgten in der Türkei, Stand vom 15. Oktober 2006.

4) Erna Eckstein: Türkei-erinnerungen. Eine Geburtstagsgabe für meine Söhne Herbert, Peter, Klaus, Universitäts-Archiv Düsseldorf 7/10 Nr. 5, 1975, S.12

5) zit. n. Verein Aktives Museum: Haymatloz. Exil in der Türkei 1933-1945, 2000, S.77

6) zit. n. International Holocaust Remembrance Day 27 January 2021. The message of Culture and Tourism Minister Mehmet Nuri Ersoy on the Holocaust – Activities – History of Genocides (weremember.gov.tr) – Abruf 9.1.2023

7) zit. n. www.desperate-hours.eu/english/synopsis.htm. – Abruf 9.1.2023

8) Corry Guttstadt: Die Türkei, die Juden und der Holocaust, Berlin 2008, S. 333ff.; Izzet Bahar: Turkey and the Rescue of Jews during the Nazi Era – A Reappraisal of two Cases; German-Jewish Scientists in Turkey & Turkish Jews in occupied France, University of Pittsburgh 2012, S. 194ff.; Marc D. Baer: Sultanic Saviors and Tolerant Turks: Writing Ottoman Jewish History, Denying the Armenian Genocide, Indiana 2020, S. 202ff.

9) zit. n. Jerusalem Post May 25, 2022 – Turkish FM calls to eradicate antisemitism at Yad Vashem visit – Israel News – The Jerusalem Post (jpost.com) – Abruf 28.11.2022

10) Roger W. Smith / Eric Markusen / Robert Jay Lifton: Professional Ethics and the Denial of Armenian Genocide (= Holocaust and Genocide Studies ; 9), Oxford 1995, S. 11f.

NEUE ERINNERUNGSORTE ZUM ZWEITEN WELTKRIEG – ZENTRALISIERUNG DER BERLINER GEDENKLANDSCHAFT?

Der siebte „Salon“ des Aktiven Museums

In Berlin wird seit der Wiedervereinigung die Debatte um die Ausgestaltung der Erinnerungsorte der alten und neuen Hauptstadt Deutschlands mit Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg immer wieder kontrovers geführt. Aktuell geht diese Debatte mit der Frage der in Berlin geplanten Errichtung eines Dokumentationszentrums zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzungsherrschaft sowie eines Gedenkortes für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzung in eine neue Runde. Beide Projekte wurden durch den Bundestag angeregt, woraufhin viele Fragen aufgeworfen wurden. Beispielsweise, welche Verbindungen diese Projekte zur bestehenden Berliner Erinnerungslandschaft haben werden, oder auch, ob es diesen knapp 80 Jahre nach Kriegsende initiierten Projekten endlich gelingt, sich aus einer vorwiegend deutschen Perspektive zu lösen.

Der siebte „Salon“ des Aktiven Museums nahm sich den Planungsstand und die Perspektiven der genannten Projekte vor. Als Gäste waren geladen: Emilie Mansfeld, die für das Deutsche Polen-Institut (DPI) den Fortgang des Projektes für einen „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“ koordiniert. Raphael Utz, der am Deutschen Historischen Museum (DHM) die vorbereitenden Arbeiten zur Errichtung eines „Dokumentationszentrums Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (kurz: ZWBE) koordiniert. Beide Institutionen wurden vom Deutschen Bundestag mit der Konzeption der Vorhaben beauftragt. Andrea Genest, Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, und Stephan Lehnstaedt, Professor für Holocaust-Studien am Touro College Berlin, repräsentierten die Berlin-Brandenburger

„Gedenkszene“, aus deren Reihen in den vergangenen Monaten auch Kritisches und Mahnendes zu den geplanten Gedenkvorhaben artikuliert wurde, da jene zur oft beklagten Zentralisierung der Berliner Gedenklandschaft beitragen könnten.

Zunächst einmal hatten Emilie Mansfeld und Raphael Utz Gelegenheit, die Projekte vorzustellen. Beide konnten auf die transparente Dokumentation der Vorhaben verweisen (siehe hierzu die Hinweise am Ende dieses Textes) und auf die Tatsache, dass die hier beauftragten Institutionen von Beginn an auch den Kontakt zu bestehenden Initiativen suchten oder wie beim sogenannten „Polen-Ort“ ihre Arbeit wesentlich auf bestehenden Vorarbeiten ausrichteten. Raphael Utz betonte, dass es derzeit kein fertiges Ausstellungskonzept mit entsprechendem Zeitplan gebe, das DHM habe bislang lediglich eine erste Machbarkeitsstudie erstellt. Anders als oft dargestellt gebe es derzeit nur Absichtserklärungen der Bundesregierung, die entsprechenden Bundestagsbeschlüsse umzusetzen. Etatmäßig abgesichert sei das in beiden Fällen aber nicht.

An der Frage, ob beide Vorhaben eine derart starke institutionelle Verankerung bräuchten, entzündete sich eine erste Diskussion, sowohl auf dem Podium als auch mit dem Publikum. Stephan Lehnstaedt kritisierte insbesondere für das Vorhaben des DHM, dass hier auf den „nationalen Monopolisten“ deutscher Geschichte zurückgegriffen würde. Diese Kritik des „immer höher und weiter“ der gegenwärtigen bundesdeutschen Gedenkpolitik wurde auch aus dem Publikum vehement vorgebracht. Seitens verschiedener Berliner Erinnerungsinitiativen und der Berliner Landespolitik wurden Modelle, bei denen mehrere Institutionen an einem Thema zusammenarbeiten, als mögliche strukturelle Alternative für beide Vorhaben ins Gespräch gebracht. Hierauf verwies auch Andrea Genest als eine mögliche Entwicklungsoption. Denn die neuen Vorhaben zeigten die Fortsetzung einer verfehlten Erinnerungspolitik des Bundes, die am Ende allen schade. Ständig neue Institutionen, die wie beim ZWBE auch enorme Ressourcen bänden, schafften destruktive Konkurrenz für die Bestehenden. Denn die notwendigen Gelder für die

neuen Institutionen würden in der Regel den bestehenden Institutionen weggenommen. Hier müsse der Bund, wenn er schon eine exzessive Erinnerungspolitik betreibe, diese auch mit einer exzessiven Mittelplanung versehen. Andererseits: schon, als 1999 ebenso seitens des Bundestages die Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas mitten in Berlin beschlossen wurde, sei dieses „Ufo bundesdeutscher Geschichtspolitik“ auf scharfe Kritik bei vielen Akteur*innen der Berliner Erinnerungskultur gestoßen. Heute gelte die zum Denkmal dazugehörige Stiftung selbst als integraler Bestandteil dieser Erinnerungslandschaft. Das solle aber im aktuellen Falle nicht als Beruhigung der Debatte missverstanden werden, sondern eher als Auftrag an DPI und DHM, ihren spezifischen Platz in die Berliner Erinnerungslandschaft zu finden.

Auch die politische Funktion der beiden Vorhaben wurde diskutiert. Stephan Lehnstaedt verwies darauf, dass beide Vorhaben zumindest in ihren Anfangsgedanken „sehr deutsch“ gedacht seien. Es gehe um sehr späte Gesten der Versöhnung, weniger um Aufklärung und Wissenszuwachs. Emilie Mansfeld und Raphael Utz verwiesen hier darauf, dass dies möglicherweise für den politischen Entstehungsprozess gegolten habe, nicht aber für die jeweilige wissenschaftliche Konzeption. Damit es wirklich gelänge, dass aus Wissen Versöhnung entstehe, so wiederum die Reaktionen aus dem Publikum, sei die starke Verankerung der Vorhaben in bestehende Berliner Initiativen und Institutionen wichtig, wo dies ja bereits so praktiziert werde.

Jens Schley

Jens Schley ist Historiker und Mitglied im Aktiven Museum. Er arbeitet bei der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft als Wiss. Geschäftsführer Bildungsagenda NS-Unrecht.

Das DPI informiert auf seiner Website ausführlich und aktuell über den geplanten Erinnerungsort:

*<https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/polen-ort/>
Ebenso informiert das DHM über das geplante Dokumentationszentrum: <https://www.dhm.de/museum/ueber-uns/stabsstelle-zur-errichtung-des-dokumentationszentrums-zwbe/>*

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin

Berlin 2020

5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

Tel. +49(0)30-263 9890 39

Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de

www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender

Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender

Marion Goers stellvertr. Vorsitzende

Dr. Karoline Georg

Astrid Homann

Dr. Akim Jah

Dr. Gerd Kühling

Angelika Meyer

Dr. Ruth Preusse

Lotte Thaa

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien

in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH

www.druckgott.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEVB33XXX

Bildrechtenachweis

Titel Privatarchiv Wolfgang Holtz, Berlin

S. 2 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin

S. 3 Privatarchiv Wolfgang Holtz, Berlin

S. 4 Privatarchiv Familie Winter, Stockholm/Uppsala

S. 6 Zentral- und Landesbibliothek Berlin

S. 9 Privatarchiv Familie Winter, Stockholm/Uppsala

S. 10 Privatarchiv Familie Winter, Stockholm/Uppsala

S. 14 Museum Neukölln, Archiv

S. 15 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

S. 16 bpk images, Berlin

S. 19 Museum Neukölln, Archiv

S. 20 Privatbesitz Familie Kubicki, Berlin

S. 21 Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“, Berlin

S. 23 Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 6063

S. 24 Petra Müller, museumsfreunde, Berlin

S. 26 Atatürk-Archiv, Ankara

S. 27 DAI Istanbul, Fotoarchiv

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de